



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

DER DEUTSCHE RUSSLAND-DISKURS

■ VON DER REDAKTION			
На дачу – in die Sommerpause	2	Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu Deutschland	17
■ ANALYSE		Vertrauen in die Medien-Berichterstattung in Deutschland über den Ukraine-Konflikt	18
Zwischen Russlandverstehern und (neuen) Kalten Kriegern – Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wahrnehmung Russlands in der deutschen Öffentlichkeit	2	■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Silvia von Steinsdorff, Berlin		Russland-Diskurse: Versöhnung mit dem Westen, Rückkehr zur UdSSR oder »russischer Totalitarismus«?	19
■ ANALYSE		■ UMFRAGE	
Zum Russland-Diskurs in Deutschland	6	Russische Meinungen zu Entschädigungszahlungen an ehemalige Jukos-Aktionäre	23
Vladislav Belov, Moskau		■ UMFRAGE	
■ DOKUMENTATION		Die Sonntagsfrage	24
Ostpolitik und Geschichtsbewusstsein in Deutschland	11	■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Dietrich Geyer, Tübingen		Raus aus der Sackgasse?	25
■ UMFRAGE		Jens Siegert, Moskau	
Russland und der Westen aus Sicht der russischen Bevölkerung	14	■ CHRONIK	
Die Zukunft der Ostukraine aus Sicht der russischen Bevölkerung	15	2. – 16. Juli 2015	28
Einstellungen der Bevölkerung von westlichen Ländern zum Ukraine-Konflikt	16		

VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 301 – erscheint voraussichtlich am 24. September 2014. Geplant sind für den Herbst Themenhefte zu den Regionalwahlen im September, zur Frauenpolitik in Russland, zu den Entwicklungen in der Ukraine sowie zu Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik.

Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Nadja Douglas, Sergey Medwedew, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Zwischen Russlandverstehern und (neuen) Kalten Kriegern

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wahrnehmung Russlands in der deutschen Öffentlichkeit

Silvia von Steinsdorff, Berlin

Zusammenfassung

Die gewaltsame Eskalation des Konflikts in der Ukraine sowie zwischen der Ukraine und Russland hat in der deutschen Öffentlichkeit einen kollektiven Schock ausgelöst und – nach einer anfänglichen Phase der Ratlosigkeit – eine lebhaft debattierte Diskussion über die Ursachen, die Schuldfrage und mögliche politische Konsequenzen entfacht. Die Diskussion, an der sich neben den Repräsentanten aus Politik und Publizistik auch breite Bevölkerungskreise beteiligen, hat inzwischen zu einer Spaltung der öffentlichen Meinung in zwei antagonistische Lager geführt, die sich in erster Linie durch eine gegensätzliche Einschätzung der Rolle Russlands unterscheiden. Ein Ergebnis dieser Polarisierung ist die Veränderung des Russlandbildes, das zunehmend Ähnlichkeiten mit dem längst überwunden geglaubten Feindbild aus der Zeit des Kalten Krieges aufweist.

Der Ausbruch der Ukraine-Krise als kollektiver Schock

Der Ausbruch und die dramatische Zuspitzung der Ukraine-Krise haben die öffentliche Diskussion¹ der vergangenen anderthalb Jahre in Deutschland nachhaltig geprägt. Sowohl bei den politischen Eliten als auch in der Bevölkerung ist noch immer Fassungslosigkeit darüber zu spüren, dass innerhalb weniger Monate »der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist« und längst über-

wunden geglaubte Freund-Feind-Schemata die politische Debatte erneut beherrschen. Im Zentrum der Diskussion steht die Rolle Russlands: Wie ist das Verhalten der russischen Regierung zu erklären? Welche Schuld trägt sie an der Eskalation der Krise, welche Ziele verfolgt sie dabei? Und welche Konsequenzen sollte die deutsche Politik gegenüber Russland aus diesen Entwicklungen ziehen? Es ist bezeichnend für den deutschen Diskurs, dass diese Fragen sehr unterschiedlich, teils offen gegensätzlich bewertet und beantwortet werden. Die gesamte Debatte und nicht zuletzt die kontroversen Interpretationen haben dazu geführt, dass sich die Wahrnehmung Russlands in der deutschen Öffentlichkeit seit Herbst 2013 deutlich verändert hat.

Am Beginn dieser Entwicklung stand ein Schock, der die politischen Akteure und das zunächst weitgehend unbeteiligte Publikum in der Bundesrepublik gleichermaßen erschütterte: Die heftige russische Ablehnung der geplanten Unterzeichnung des Assoziierungsabkom-

1 Unter dem Begriff öffentliche Diskussion bzw. öffentlicher Diskurs werden im Folgenden verschiedene Formen der Medienberichterstattung, einschließlich Fernsehtalkshows und Experteninterviews, politische Äußerungen (etwa Parlamentsdebatten oder Regierungserklärungen) sowie Ergebnisse der Meinungsforschung zusammengefasst. Die Beobachtungen basieren im Wesentlichen auf ersten Erkenntnissen aus den noch nicht abgeschlossenen empirischen Medien- und Diskursanalysen, die unter Leitung der Verfasserin im Rahmen eines Projektseminars am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt werden.

mens zwischen der Europäischen Union (EU) und der Ukraine beim Gipfel in Vilnius im November 2013 kam für die deutsche Öffentlichkeit völlig überraschend. Im Vorfeld dieses im letzten Moment gescheiterten Vertragschlusses hatte sich kaum jemand vernehmbar Gedanken über eine mögliche Reaktion der russischen Regierung gemacht. Vielmehr hatten Politiker und Medien vor allem darüber diskutiert, ob die Ukraine tatsächlich politisch reif sei für eine engere Anbindung an die EU. Dabei hatte nicht zuletzt das Schicksal der aus vornehmlich politischen Gründen inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Tymoschenko die Öffentlichkeit bewegt, und auch die desolote Wirtschaftslage und das hohe Korruptionspotential in der Ukraine hatten immer wieder Zweifel an der »EU-Tauglichkeit« der ehemaligen Sowjetrepublik laut werden lassen.

Die plötzliche Weigerung des damaligen ukrainischen Staatspräsidenten Viktor Janukowytsh, seine Unterschrift unter das von der EU angebotene Assoziierungsabkommen zu setzen, kam folglich völlig unerwartet. Janukowytshs Begründung, er habe die von Russland angedrohten Konsequenzen für sein Land nicht riskieren können, löste in Deutschland Unverständnis aus und entfachte zugleich Sympathie für die Demonstranten des Euro-Maidan in Kiew, die gegen diesen abrupten Kurswechsel protestierten. Offensichtlich hatten weder die politisch Verantwortlichen in Berlin (und Brüssel) noch die deutsche Publizistik damit gerechnet, dass Russland das Assoziierungsabkommen ernsthaft als Überschreitung einer roten Linie interpretieren könnte, wie der russische Staatspräsident Wladimir Putin seither immer wieder betont. Dementsprechend geschockt und ratlos reagierten zunächst Politiker und Öffentlichkeit in Deutschland auf die dramatischen Ereignisse, die sich nach dem gescheiterten Gipfel von Vilnius in der Ukraine sowie nach dem Sturz der Regierung Janukowytsh Ende Februar 2014 zwischen der Ukraine und Russland abspielten. Die russische Annexion der Krim im März, der Ausbruch militärischer Gewalt zwischen ukrainischen Nationalisten und Separatisten in der Ostukraine und die Eskalation dieser Kämpfe unter offensichtlicher Beteiligung russischen Militärs im Sommer 2014 führten immer wieder zu der Frage: Wie hatte es nur so weit kommen können? Während weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass »all das nie hätte passieren dürfen«, entwickelten sich sehr rasch verschiedene Erklärungsansätze, bei wem die Hauptverantwortung für die dramatische Zuspitzung der Auseinandersetzungen zu suchen sei.

Die Polarisierung der öffentlichen Meinung

Positiv ist festzuhalten, dass die allgegenwärtige Bestürzung über den massiven Gewaltausbruch in der Ost-

ukraine zu einer intensiven und anhaltenden Auseinandersetzung mit den Ereignissen selbst, und zumindest teilweise auch mit den dahinterliegenden komplexen politischen Problemen in den beiden größten Nachfolgestaaten der Sowjetunion führte. Die angespannte Krisendiplomatie der Bundesregierung wurde (und wird) von einer lebhaften, meist ernsthaft geführten gesellschaftlichen Diskussion über die Lage in Osteuropa begleitet, wie sie in der deutschen Öffentlichkeit seit den 1990er Jahren nicht mehr stattgefunden hatte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Auf dem ersten Höhepunkt der Krise zwischen Dezember 2013 und April 2014 beschäftigten sich allein im öffentlich-rechtlichen Fernsehen 30 Talkshows mit verschiedenen Aspekten des Themas. Offensichtlich existiert – ungeachtet widerstreitender Ursachenanalysen und Handlungsempfehlungen – nach wie vor ein gesellschaftlicher Konsens über die große Bedeutung, die die politischen Entwicklungen in der Ukraine und zumal in Russland für Deutschland haben.

Die Einigkeit endet indes bei der Frage, welche politischen (Fehl-)Entscheidungen die Ukraine-Krise ausgelöst haben und welche Akteure vornehmlich für die Zuspitzung des Konflikts verantwortlich sind. Auch mögliche Lösungsvorschläge werden in der Öffentlichkeit äußert kontrovers diskutiert. Bemerkenswert ist hierbei weniger, dass die Meinungen bei einem derart komplexen Thema auseinandergehen, als vielmehr, wie rasch sich nach der ersten, kurzen Phase verbreiteter Ratlosigkeit und Bestürzung zwei antagonistische Positionen konsolidiert haben, die seither die nahezu ausschließliche Deutungshoheit über die Ursachen für und mögliche Auswege aus der Krise beanspruchen. Im Zentrum steht dabei die gegensätzliche Einschätzung der Rolle Russlands: Während die eine Seite im russischen Präsidenten Wladimir Putin den Hauptverantwortlichen für die Eskalation des Konflikts sieht, deutet die andere Seite dessen Handeln in erster Linie als Reaktion auf die fortgesetzte Verletzung legitimer russischer (Sicherheits-)Interessen durch den Westen. Die meisten Äußerungen in der deutschen Debatte zur Ukraine-Krise lassen sich im Kern auf eine dieser beiden Positionen zurückführen.

Das eine Lager, zu dem die Mehrzahl der Regierungspolitiker und führende Medienvertreter zu rechnen sind, werfen der russischen Führung vor, sie nutze die aktuelle Krise zur Durchsetzung rücksichtsloser Großmachtspolitik auf Kosten des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine. Durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die kaum verdeckte finanzielle und militärische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine destabilisiere das Land die Region und bedrohe damit letztlich die gesamte europäische Friedensordnung. Da dieser Erklärungsansatz dem heutigen Russland eine Rück-

kehr zu der aggressiven sowjetischen Außenpolitik in den Zeiten des Kalten Krieges unterstellt und daraus meist ableitet, dass auch der Westen wieder vermehrt auf Abgrenzung und eine Politik der Stärke gegenüber Russland setzen sollte, werden Vertreter dieser Position mitunter als (neue) Kalte Krieger apostrophiert.

Demgegenüber rechtfertigen Vertreter der Gegenposition, die oft unter dem Label »Russlandverstehler« zusammengefasst werden², die Politik Putins als nachvollziehbare Reaktion auf die wahrgenommene Demütigung und/oder Bedrohung des Landes durch die westliche Staatengemeinschaft. Die Hauptschuld für die Zuspitzung der Krise liege demnach bei der EU, die mit dem vorgeschlagenen Assoziierungsabkommen für die Ukraine ihren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Machtanspruch bis unmittelbar an die Grenzen Russlands ausdehnen wollte. Damit habe sie die russische Bedrohungsperzeption weiter angeheizt, die infolge der Osterweiterung der NATO und der EU entstanden sei. Auch wird darauf verwiesen, dass die Bevölkerung der Krim einen Anschluss an Russland mehrheitlich befürworte, so dass hier das Selbstbestimmungsrecht des Volkes gegen den staatlichen Souveränitätsanspruch der Ukraine stehe. Insbesondere kritisieren Vertreter dieser Position die westlichen Sanktionen gegen Russland sowie den Ausschluss des Landes aus der G8 im Zuge der Ukraine-Krise und interpretieren sie als Indizien für die fortgesetzte westliche Strategie der Schwächung und Ausgrenzung Russlands.

Obwohl sich die hier notwendigerweise verkürzt dargestellten Extrempositionen »Kalte Krieger versus Russlandverstehler« nicht immer in dieser Radikalität gegenüberstehen, handelt es sich doch um zwei weitgehend inkompatible Deutungsmuster. Das zeigt die Polarisierung der deutschen Öffentlichkeit, die aus Meinungsumfragen hervorgeht: Während mindestens die Hälfte der Befragten in erster Linie Russland für die Zuspitzung der Ukraine-Krise verantwortlich macht, sehen zwischen 20 und 30 Prozent die Schuld hauptsächlich auf der Seite des Westens bzw. bei der gegenwärtigen EU-affinen ukrainischen Regierung (<http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/FAZ_Ma_rz_Russland.pdf>; <http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/FAZ_April_2014_Russland.pdf>, veröffentlicht in der FAZ). Noch klarer ist die Spaltung, wenn die Frage allgemeiner formuliert wird und nicht auf die Gewalteskalation in der Ostukraine rekurriert. So konnten im März 2015 47 Prozent der Befragten

»nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht fühlt«, während 50 Prozent diese Aussage verneinten (<<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/maerz/>>). Insgesamt zeigen die ausgewerteten Umfragen eine leichte Ungleichverteilung der beiden skizzierten Lager innerhalb der Bevölkerung: Der Anteil der Russlandverstehler liegt in Ostdeutschland um rund fünf bis zehn Prozentpunkte höher als in der alten Bundesrepublik; zudem finden sich darunter überproportional viele Anhänger der Partei »Die Linke« sowie der rechtspopulistischen AfD.

Der veränderte Blick auf Russland

Die Ukraine-Krise hat die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Russland nicht nur polarisiert, sondern sie hat das Russlandbild auch bereits nachhaltig verändert. Das gilt sowohl für die Beurteilung der innenpolitischen Situation des Landes als auch für die Wahrnehmung der russischen Rolle in Europa und der Welt. Neben den inhaltlichen Einschätzungen sind hierbei insbesondere die sprachlichen Veränderungen des öffentlichen Diskurses aufschlussreich.

Zunächst fällt auf, wie sich der Blick auf die Person und die politische Rolle Wladimir Putins gewandelt hat. Der autokratische Führungsstil und die pompöse Selbstinszenierung des russischen Staatschefs waren schon vor Beginn der Krise vielfach Gegenstand kritischer Berichterstattung. In jüngster Zeit jedoch ist mitunter geradezu eine Dämonisierung seiner Rolle zu beobachten, bei der zudem kaum noch zwischen der Person, dem Amt und dem von ihm regierten Land unterschieden wird. Wladimir Putin wird mit Russland gleichgesetzt, und er wird als Personifizierung einer aggressiven russischen Großmachtspolitik porträtiert (Eines von vielen möglichen Beispielen für diese Gleichsetzung ist das viel zitierte Spiegel Cover »Stoppt Putin jetzt« vom 28. Juli 2014, Nr. 31). Im Ergebnis verbreitet sich nicht nur ein zunehmend negatives, sondern vor allem auch ein extrem monolithisches Russlandbild. Nicht länger die russische Regierung oder gar der autoritär regierende Staatspräsident ist für eine bestimmte Politik verantwortlich zu machen, sondern das gesamte Land. Hier werden Erinnerungen an die Hochzeit der Kalten Krieges wach, als der US-amerikanische Staatspräsident Ronald Reagan die Sowjetunion pauschal als »Reich des Bösen« titulierte.

Darüber hinaus verstellt eine derartig personalistische Engführung der öffentlichen Debatte den Blick auf die vielschichtigen Motive der russischen Ukraine-Politik. So bringen die Vertreter beider eingangs skizzierter Lager das gegenwärtige Vorgehen der Regierung Putin kaum in Verbindung mit der innerrussischen Protestwelle, die sich in den Jahren 2011/12 gegen dessen

2 Eine prominente Vertreterin dieser Position ist die ehemalige ARD-Russlandkorrespondentin Gabriele Krone-Schmalz, die mit ihrem Anfang 2015 erschienenen Buch »Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens« das Etikett bewusst aufgriff.

(erneute) Präsidentschaft formiert hatte. Dabei gibt es gute Gründe für die Annahme, dass die Eskalation der Ukraine-Krise dem russischen Staatspräsidenten eine willkommene Möglichkeit bietet, um der schwindenden Unterstützung in Teilen der russischen Gesellschaft durch patriotische Solidaritätsappelle zu entgegen. Geht man davon aus, dass der außenpolitische Konfliktkurs Russlands sowohl gegenüber dem südlichen Nachbarland als auch gegenüber dem Westen zumindest teilweise innenpolitisch motiviert ist, spielt die skizzierte Polarisierung des deutschen Russland-Diskurses diesen Interessen unmittelbar in die Karten: Je stärker die komplexe politische Wirklichkeit auf die Erklärungsmodelle der Russlandverstehender oder – in diesem Fall noch wirkungsvoller – der Kalten Krieger reduziert wird, desto einfacher lassen sich auch in der deutschen Öffentlichkeit längst überwunden geglaubte Feindbilder wiederbeleben.

Wie »erfolgreich« diese Strategie bereits wirkt, lässt sich an jüngeren deutschen Meinungsumfragen zur Wahrnehmung Russlands ablesen. Während vor dem Ausbruch der Ukraine-Krise annähernd zwei Drittel der Befragten bei Meinungsumfragen angaben, Russland sei keine Gefahr für Deutschland, und über die Hälfte eine weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern befürworteten, sahen im April 2014 55 Prozent der Befragten Russland sehr wohl als Bedrohung für Deutschland, und nur noch 32 Prozent machten sich für eine enge Kooperation mit dem Nachbarn im Osten stark (<http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/FAZ_April_2014_Russland.pdf>, veröffentlicht in der FAZ vom 15.4.2014).

Noch deutlicher wird der Eindruck einer *self-fulfilling prophecy*, wenn man diese veränderte Wahrnehmung einer möglichen russischen Bedrohung mit der Einschätzung der Bedeutung Russlands in der Weltpolitik korreliert. So stieg die Zahl der Deutschen, die Russland für eine Weltmacht halten, laut Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach von 45 Prozent im Jahr 2008 auf 67 Prozent im März 2015 (<<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsche-geben-putin-schuld-an-ukraine-konflikt-13489423.html>>, FAZ vom 17.3.2015).

Fazit

Auch wenn die längerfristigen Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wahrnehmung Russlands noch nicht absehbar sind, lässt sich bereits jetzt konstatieren, dass das Thema in der deutschen Öffentlichkeit nach wie vor eine enorme Aufmerksamkeit findet. Es hat sich ein intensiver Diskurs entwickelt, an dem neben den politischen Eliten auch breite Bevölkerungskreise über die unterschiedlichsten Kanäle teilnehmen. Diese Debatte ist indes von einer starken Polarisierung geprägt, die eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Rolle Russlands in dem Konflikt erschwert. Die Spaltung der Öffentlichkeit in zwei antagonistische Lager leistet der Herausbildung und Verfestigung eines eindimensionalen Russlandbildes Vorschub, das letztlich zur Wiederbelebung des alten Feindbildes aus der Zeit des Kalten Krieges führen könnte.

Über die Autorin

Silvia von Steinsdorff ist Professorin für Vergleichende Demokratieforschung und die politischen Systeme Osteuropas am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie beschäftigt sich in Forschung und Lehre mit der vergleichenden Analyse politischer Institutionen, insbesondere von Parlamenten und Regierungen, Parteien und Verfassungsgerichten in Mittel- und Osteuropa sowie in der Türkei. Soeben ist ihr Aufsatz: »Institutionelle Stabilität, politische Fragilität: Die mittel- und osteuropäischen Parlamente 25 Jahre nach dem Neubeginn« erschienen (Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2015, S. 318–339).

Lesetipps

- Bläser, Verena: Zum Russlandbild in den deutschen Medien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2014, Nr. 47–48.
- Burkhardt, Fabian: Die Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows, in: Ukraine-Analysen Nr. 135, 24.06.2014, S. 10–13, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen135.pdf>>.

Zum Russland-Diskurs in Deutschland

Vladislav Belov, Moskau

Zusammenfassung

Der deutsche Russland-Diskurs konzentriert sich seit dem Frühjahr 2014 auf die Ereignisse in der Ukraine, wobei die Rolle und der Standpunkt Russlands in der Ukraine-Krise von allen Beteiligten äußerst kritisch wahrgenommen werden. Der Diskurs ist durch eine deutlich zu Tage tretende Polarisierung hinsichtlich der Haltung zur politischen Führung Russlands geprägt: die Spanne reicht von einer scharfen Verurteilung bis hin zu Versuchen, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Gleichzeitig bestätigt sich die These, dass im Großen und Ganzen das professionelle Herangehen der Experten an die unabhängige Analyse, die sich mit dem postsowjetischen Raum befassen, einer Verbesserung bedarf.

Die wichtigsten Postulate des Russland-Diskurses im Kontext der Ukraine-Krise

Der deutsche Russland-Diskurs konzentrierte sich vom März 2014 bis zum Juni 2015 in erster Linie auf die Ukraine-Krise. Durch die politischen Ereignisse in der Ukraine im Februar/März 2014, die zu der bekannten negativen Reaktion der Bevölkerung in den östlichen Landesteilen führten sowie zu dem Referendum auf der Krim mit deren anschließendem Überführung in die staatliche Jurisdiktion Russlands¹, haben sich in der deutschen gesellschaftlichen und politischen Diskussion folgende grundlegende Postulate herauskristallisiert:

- Der russische Staat betreibt eine expansionistische Außenpolitik (unter anderem mit der Idee einer Wiederherstellung von Neurussland);
- Die oberste Staatsführung Russlands strebt nach einer gewaltsamen Veränderung der Nachkriegsgrenzen in Europa;
- Die Annexion der Krim stellt eine Verletzung völkerrechtlicher Normen und insbesondere des Budapester Memorandums dar;
- Es gibt den Wunsch Russlands, mit militärischer Gewalt die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung in anderen Staaten zu schützen;
- Die militärische Bedrohung (Erhöhung der Verteidigungsausgaben), die von Russland für die benachbarten Staaten ausgeht, steigt;
- Russland unterstützt die ostukrainischen Separatisten und deren Politik;

- Russland hat im Osten der Ukraine einen Krieg angezettelt, liefert Waffen dorthin (u. a. schweres Kriegsgeschütz); russische Einheiten sind an den Kampfhandlungen beteiligt, es wird ein hybrider Krieg geführt;
- Die Verantwortung für den Abschuss der malaysischen Boeing mit der Flugnummer MH 17 im Juli 2014 liegt auf Seiten Russlands / der Separatisten;
- Die Bestimmungen der Minsker Abkommen werden nicht erfüllt;
- Es wurde ein Propaganda- und Informationskrieg gegen die Ukraine und Europa entfesselt, unter anderem vor dem Hintergrund des Antiamerikanismus in Russland und einer aggressiven Rhetorik gegen die NATO;
- Es erfolgt eine propagandistische Beförderung von Patriotismus und Nationalismus in der russischen Bevölkerung bei gleichzeitiger Erhöhung des Drucks auf Nichtregierungsorganisationen und die politische Opposition (mit der Ermordung Boris Nemzows als einer der Folgen dieser Propaganda);
- Übergang zu Mobilisierung als Ansatz für die Wirtschaftsentwicklung, einhergehend mit einer Militarisierung der Wirtschaft;
- Änderung der außenpolitischen Prioritäten Russlands: verstärkte Ausrichtung nach Süd- und Ostasien (u. a. nach China und Indien).

Die wichtigsten Teilnehmer des Diskurses

Meiner Ansicht erfolgte eine inhaltliche Diskussion auf folgenden Ebenen:

- Höchste politische Ebene:
 - Bundeskanzleramt und Vize-Kanzler, aktive Politiker auf Bundesebene, sowohl auf Parteebene, wie in den Fraktionen (Bundestag und Europäisches Parlament);
 - ehemalige Spitzenpolitiker auf Bundesebene;
- Think Tanks: DGAP, SWP, parteinahe politische Stiftungen;
- Medien;

¹ Die schnelle und unvorhersehbare Entwicklung der Situation in Kiew hatte im Februar zu einem Machtwechsel in der Ukraine geführt. Die neue Regierung traf eilig und unüberlegt eine Reihe umstrittener und provokanter Entscheidungen, die die Durchführung eines Referendums auf der Krim nach sich zogen, in vielen Städten Unruhen provozierten und später zu einer bewaffneten Konfrontation zwischen der Zentralregierung in Kiew und einem erheblichen Teil der Bevölkerung in den östlichen Landesteilen führte.

- unabhängige Experten.

Auf jeder dieser Ebenen haben sich Führungspersönlichkeiten hervorgetan, die dann die wichtigen deutschen Standpunkte und Nuancen in den Beziehungen zu Russland formulierten, genauer gesagt zu dessen oberster politischer Führung und in erster Linie zu Wladimir Putin persönlich. Grundlegend für den Diskurs war die von den meisten Beteiligten deutlich zum Ausdruck gebrachte Wahrnehmung der Rolle und der Verantwortung des russischen Präsidenten für die Entwicklung der Krise in der Ukraine (siehe die oben aufgeführten Postulate).

Andere Ansichten, die zwar nicht zum Mainstream zählen, aber Russland gegenüber ebenfalls eine kritische Haltung ausdrückten, nahmen in dem Diskurs eine marginale Rolle ein. Diejenigen Stimmen in Deutschland, die versuchten, das Ukraineproblem unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten, etwa aufgrund historisch, mental und anderweitig bedingter Faktoren, Annahmen oder Voraussetzungen, werden als »Putinversther« bezeichnet. Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass »Problemversther« für diese Gruppe eine objektivere Bezeichnung wäre. Ein wesentliches Merkmal des Diskurses besteht also in einer deutlich zu Tage tretenden Polarisierung in zwei Lager. Diese Lager können grob als »Russlandgegner« (»Russland ist ein Paria und verdient eine Bestrafung«) und als »Russlandversther« (»Russland hat zwar Fehler gemacht, doch muss der Dialog mit ihm weitergeführt werden«) gefasst werden.

Meiner Ansicht nach fällt der Vergleich des Anteils jener, die sich mit den Besonderheiten der russischen Politik und mit deren Hintergründen etc. auskennen, und des Anteils jener, die zwar nur wenig verstehen, aber die Verantwortung und Notwendigkeit spüren, sich an dem Diskurs zu beteiligen, letztendlich zugunsten des zweiten Lagers aus. Es gibt nur eine sehr kleine Zahl von Personen, die man zur »goldenen Mitte« derjenigen zählen könnte – nennen wir sie einmal »echte Kenner« –, die sich um eine unvoreingenommene, objektive Analyse bemühen.

Im offiziellen Berlin: demonstrative Härte

Seit März 2014 hat das offizielle Berlin unter den Partnern in der Europäischen Union von Anfang an die härteste Haltung gegenüber Moskau eingenommen, sowohl im politischen, als auch im wirtschaftlichen Bereich. Für Berlin war es wichtig zu zeigen, dass eine (aus seiner Sicht) gewaltsame Veränderung der Nachkriegsgrenzen in Europa und eine massive Unterstützung des bewaffneten Vorgehens der Separatisten nicht hinnehmbar ist. Die russische Seite hat eine solche Reaktion offensichtlich nicht erwartet, wie sie wohl auch nicht verstanden hat, warum die Bundesrepublik auf allen Ebenen – vom

Durchschnittsbürger bis zum Spitzenpolitiker – durch die »Annexion« eines Teils des ukrainischen Territoriums einen echten Schock erlitt, und warum sie Putins an die deutsche Nation gerichteten Äußerungen, in denen er sich auf die historische Bedingtheit des Ereignisses (der Angliederung der Krim) berief und dabei auf ein Vierteljahrhundert zurückliegende Wiedervereinigung Deutschlands verwies (Putins Rede vor der Föderalen Versammlung am 18. März 2014), nicht nur nicht akzeptierte, sondern auch nicht verstand. In diesem Zusammenhang ist auch der Schock zu erwähnen, den wiederum die russische Seite erlebte, da sie eine derart harte, »unverständliche« und »ungerechte« Reaktion Deutschlands und von Angela Merkel persönlich nicht erwartet hatte – »Freunde machen so etwas nicht«.

Die Bundesregierung hat ihren europäischen und amerikanischen Partnern von Anfang an klargemacht, dass der strategische und grundlegende Charakter der Beziehungen zu Russland keinerlei Einfluss auf ihre äußerst kritische Einschätzung der Rolle Russlands in der Ukraine-Krise hat, und dass sie sowohl im politischen, wie auch im wirtschaftlichen Bereich konsequent Druck auf die Führung Russlands ausüben wird, damit in Bezug auf die Ukraine der völkerrechtliche Status quo wiederhergestellt werde. Die Bundesregierung ließ und lässt sich bei ihren Beziehungen zur russischen Führung weiterhin von diesem Postulat leiten, und bestimmt in vielerlei Hinsicht die Position des ersten der beiden erwähnten Lager.

Das war für die Regierungskoalition auch deshalb wichtig, weil sie in ihrem Koalitionsvertrag die vorrangige Bedeutung der Beziehungen zu Russland und dessen Einbindung in den europäischen Kontext (unter Einbeziehung von Polen) festgeschrieben hatte.

Die Position von Angela Merkel im Frühjahr 2014 wurde nicht nur von allen Kabinettsmitgliedern unterstützt, sondern auch von den Abgeordneten der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und der Oppositionsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Vertreter der Partei »Die Linke« traten, nachdem sie die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation verurteilt hatten, als erste für einen Vorrang diplomatischer Mittel zur Regulierung der Ukraine-Krise und für einen konsequenten Dialog mit der russischen Führung ein. Die Hauptrolle übernahmen dabei Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht.

Die Haltungen in den Bundestagsfraktionen

Zu den Hardlinern in der CDU zählen der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags Norbert Röttgen, der Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, Karl-Georg Wellmann, und der Europaabgeordnete Elmar Brok. Sie forderten und for-

dern von der Bundeskanzlerin permanent die Fortführung einer äußerst harten Linie gegenüber Russland und dessen Präsidenten. Eine zurückhaltendere kritische Haltung in der CDU nimmt meiner Ansicht nach Ruprecht Polenz ein, der Vorsitzende der Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Ronald Pofalla, der Leiter des deutschen Lenkungsausschusses des deutsch-russischen zivilgesellschaftlichen Forums »Petersburger Dialog«, sowie eine Reihe von Vertretern der Jungen Union.

Bemerkenswert ist die unerwartet harte Position gegenüber Russland, die der Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Gernot Erler (SPD), eingenommen hat, und die im offiziellen Moskau zu deutlichem Unmut geführt hat. Zum wichtigsten »Sprachrohr« der sozialdemokratischen Position wurde Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der anhaltend gemäßigt kritische Positionen vertritt, aber je nach Kontext stets Berührungspunkte mit der russischen Seite sucht. Erinnert sei nur an seinen Aufruf, eine mögliche Zusammenarbeit der EU mit der Eurasischen Wirtschaftsunion zu erörtern. Vize-Kanzler Siegmund Gabriel trat nur von Zeit zu Zeit in der Diskussion in Erscheinung, und zwar in der Regel im Zusammenhang mit einzelnen Ereignissen, beispielsweise Ende Juli oder im September 2014, als die EU die bisher schärfsten sektoralen Sanktionen gegen Russland verhängte.

Bei den Grünen trat neben Rebecca Harms und Cem Özdemir die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck traditionell als antirussische Kritikerin auf. Ihre Kritik war jedoch die gewohnte und wurde meiner Ansicht nach nicht durch neue qualitative Inhalte ergänzt. Sie war auch eine der Initiatorinnen eines gemeinsamen Briefes an Angela Merkel, in dem intensiv dafür plädiert wurde, das für Ende Oktober 2014 geplante Treffen des »Petersburger Dialogs« abzusagen (<http://www.boell.de/de/2014/10/13/reform-petersburger-dialog-ueberfaellig>). Leider ist die Kanzlerin den Unterzeichnern entgegengekommen und hat die deutsche Seite aufgefordert, diese Veranstaltung abzusagen. Anderslautende Schreiben aus dem breiteren Spektrum der deutschen Zivilgesellschaft blieben unberücksichtigt. Der gerade zu diesem Zeitpunkt notwendige Dialog der Zivilgesellschaften fand nicht statt. Die deutsche Seite nutzte derweilen die so entstandene Pause zu einer Reform des deutschen Teils des »Petersburger Dialogs«, bei der der Vorsitzende und die Leiter einer Reihe von Arbeitsgruppen abgelöst wurden.² Wichtig ist hier, dass 2014/2015 eine Reihe dieser Arbeitsgruppen, vor allem die

»Zukunftswerkstatt« ihre Arbeit fortführten. Die dort geführten Diskussionen spiegelten einen Teil des deutschen Russlanddiskurses wider (wie auch die Sitzungen des Jugendforums und anderer Diskussionsplattformen, etwa des »Trialog Deutschland-Polen-Russland« (<https://dgap.org/de/node/26237>)).

In den Parteien der Regierungskoalition gibt es neben dem allgemeinen kritischen Ansatz Unterschiede, die durch historische und ideologische Besonderheiten der Beziehungen zu Russland und durch die Ostpolitik der Nachkriegszeit bedingt sind. Gemeinsamer Nenner der kritischen Wahrnehmung des strategischen Partners im Osten des Kontinents ist der Standpunkt, dass eine Verletzung von (aus ihrer Sicht) grundlegender völkerrechtlicher Normen nicht hinnehmbar ist. Im Zähler sind allerdings Nuancierungen festzustellen. Die Sozialdemokraten treten kontextuell in größerem Maße für eine Fortführung der Tradition Willy Brandts ein, für die bekannten Prinzipien der Entspannungspolitik und den Ansatz, kein Chaos oder eine unkontrollierbare Entwicklung der Ereignisse im russischen politischen und wirtschaftlichen Raum zuzulassen. Die Christdemokraten setzen auf einen konsequenten Druck auf die Führung Russlands und besonders den Präsidenten, während gleichzeitig die Möglichkeit eines Dialoges und diplomatischer Lösungen beibehalten werden soll. Hierfür seien die Postulate des Völkerrechts Voraussetzung, die ein »Denken in Kategorien von Einflussphären« ablehnen. Dabei scheint es, dass Angela Merkel und ihre Parteikollegen aufrichtig an eine bewaffnete Eroberung der Krim glauben, an einen erzwungenen Volksentscheid, eine Verletzung der Minderheitenrechte auf der Halbinsel, an reale expansionistische Pläne Russlands in Bezug auf das Baltikum und andere Länder, in denen es russischsprachige Bevölkerungsgruppen gibt.

Andere Diskursteilnehmer

Unter den ehemaligen Spitzenpolitikern traten besonders die Ansichten und Äußerungen der Bundeskanzler a. D. Schmidt, Kohl und Schröder hervor (und solch politische Schwergewichte wie Horst Teltschik oder Egon Bahr), die wegen ihrer politischen Erfahrung eine ausgewogene Haltung gegenüber Russland einnahmen und unentwegt dazu aufriefen und aufrufen, den unterbrochenen bi- und multilateralen Dialog mit Russland wieder aufzunehmen. Beachtung verdient auch die konstruktive Haltung des »Gurus« der deutschen Außenpolitik, Hans-Dietrich Genscher, der 2014 dazu aufrief, den Dialog mit einer verbalen Abrüstung zu beginnen.

Im betreffenden Zeitraum haben praktisch alle führenden deutschen Medien ein negatives Bild Russlands und seiner Rolle bei der Lösung der Ukraine-Krise gezeichnet. In erster Linie betraf das die Person Wla-

² Die nächste Sitzung des Petersburger Dialogs ist für den 22./23. Oktober 2015 geplant. Die Ukraine soll eines der zentralen Themen sein.

dimir Putin und dessen persönliche Verantwortung für die Ereignisse in der Ukraine. Versuche der Vertreter des oben erwähnten zweiten Lagers, positive Elemente in die laufende Diskussion einzuführen, um diese in konstruktive Bahnen zu lenken und nach Bezugspunkten zu suchen, die mögliche, für beide Seiten akzeptable Schritte und Lösungen markieren könnten, wurden umgehend obstruiert. In diesem Zusammenhang sind besonders Journalisten der Zeitung »Die Welt« (siehe in den Lesetipps Banse u. a.: Deutscher Putin-Unterstützer...) sowie der »Zeit« aktiv. Das geschah beispielsweise mit dem bekannten Brief von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vom Dezember 2014 (<<http://www.zeit.de/politik/2014-12/auf-russland-dialog>>) und mit dem Vorschlag des Vorsitzenden des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck, zur Krim (November 2014). Darüber hinaus verwendeten Journalisten im Laufe des Jahres 2014, insbesondere im Frühjahr und Sommer, nicht selten ungeprüfte und eindeutig falsche Tatsachen zur Stützung ihrer gegen Russland gerichteten Thesen, die dann in den Russlanddiskurs Eingang fanden. Die Richtigstellungen, die dann in seltenen Fällen erfolgten, änderten das Gesamtbild keineswegs. Mittlerweile ist der Ton vieler journalistischer Beiträge über Russland weniger subjektiv eingefärbt; die Thematik wird allmählich vom ukrainischen Leitmotiv befreit und kehrt wieder zu ihrem gewohnten Zustand zurück, und zwar wie in früheren Jahren unter Beibehaltung einer kritischen Komponente in Bezug auf die russische Führungsspitze und deren Vorgehen.

Interessant ist die Beteiligung von Vertretern der deutschen Wirtschaft an diesem Diskurs; diese haben – wie auch die deutsche Gesellschaft insgesamt – die Form beurteilt, in der die Krim in die Russische Föderation eingegliedert wurde. Die Vorstände führender Unternehmensverbände, in erster Linie der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, haben die Sanktionspolitik der Regierungskoalition voll unterstützt, da sie diese in der gegebenen Situation für das einzig Richtige hielten und den Vorrang politischer Werte vor wirtschaftlichen Überlegungen in den Beziehungen zu Russland unterstützten. Viele Basisorganisationen der Unternehmer, insbesondere die Industrie- und Handelskammern, sowie Unternehmen mit Russlandbezug (der »Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft« mit Eckhard Cordes an der Spitze und die »Deutsch-Russische Außenhandelskammer« unter dem Vorsitz von Rainer Seele) nahmen eine ausgewogenere Position ein und plädierten für einen vorrangigen Einsatz diplomatischer (und nicht machtpolitischer) Instrumente zur Regulierung der Krisensituation.

Der Part der fachlichen Analyse im Russlanddiskurs wird von einem bislang kleinen Kreis von Russlandexp-

perten übernommen, in erster Linie von Think Tanks, unter denen die »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) und die »Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik« (DGAP) hervorzuheben sind.

Bei der SWP ist konkret die Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien unter der Leitung von Sabine Fischer zu nennen, insbesondere die Mitarbeiter Susan Stewart, Margarete Klein und Alexander Libman (<<http://www.swp-berlin.org/de/forschungsgruppen/osteuropa-und-urasien.html>>).

Bei der DGAP sind Stefan Meister (Programmlenker für Russland, Osteuropa und Zentralasien am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa) und der an gleicher Stelle tätige Christian Wipperfurth hervorzuheben (<<https://dgap.org/de/think-tank/experten/276>>).

Auf Experten dieser Think Tanks gehen die meisten der mehr oder weniger ausgewogenen Analysen zu den aktuellen Themen zur Politik und Wirtschaft in Russland zurück, die in erster Linie an die Entscheidungsträger in der deutschen Politik adressiert sind. Sie sind im Diskussionsraum präsent (vor allem Stefan Meister), geben Interviews, verfassen Kommentare und halten Vorträge auf Konferenzen.

Bei den führenden politischen Stiftungen, der Konrad Adenauer-Stiftung, der Friedrich Ebert-Stiftung, der Hanns Seidel-Stiftung, der Friedrich Naumann-Stiftung, der Heinrich Böll-Stiftung und der Rosa Luxemburg-Stiftung, gibt es gesonderte Experten, die von Zeit zu Zeit Analysen veröffentlichen und sich in die Diskussion einschalten.

Eine neue Diskussionsplattform ist das im März 2015 gestartete Internetportal »russlandcontrovers.de«, das eine Reihe unabhängiger Russlandexperten zusammenbringt. Auch in der Zeitschrift »Welttrends«, auf den Seiten der Internetzeitschrift »Blättchen« (s. hier besonders die Beiträge von Wolfgang Schwarz, z. B.: <<http://das-blaettchen.de/2014/07/der-westen-russland-zum-diskurs-29547.html>>), und auch in den Russland-Analysen sind interessante Diskussionen zu finden.

Quo Vadis, Diskussion?

Derzeit hat die Diskussion in Politik und Gesellschaft wieder ruhigere und ausgewogenere Züge angenommen. Während die meisten Beteiligten (besonders aus dem ersten Lager) weiterhin eine harte, kritische Haltung zur russischen Innen- und Außenpolitik einnehmen (vor allem in Bezug auf die Ukraine), gibt es immer mehr Signale und Botschaften, die die Notwendigkeit betonen, eine konstruktive Erörterung der bestehenden Probleme zu beginnen, insbesondere derjenigen Probleme, die nicht unmittelbar mit der Ukraine-Krise zusammenhängen (beispielsweise Fragen der eurasischen Wirtschafts-Integration). Die zweite Jahreshälfte wird zeigen,

ob sich diese Signale zu einer bestimmten Tendenz verfestigen werden, die zu einer Wiederherstellung des früheren innerdeutschen und russischen-deutschen Dialogs führen könnte, einem Dialog, bei dem man sich nicht nur gegenseitig hört, sondern auch anhört, und so zu beiderseitig annehmbaren Ergebnissen gelangen kann. Hilfreich können hier die zahlreichen deutsch-russischen Konferenzen, Runden Tische und anderen Diskussionsplattformen sein, die für den Herbst 2015 geplant sind.

Der Russlanddiskurs der Jahre 2014/2015 hat erneut die Frage nach Qualität und Niveau der deutschen Russland-Expertise aufgeworfen. Eine solche Diskussion ist schon einmal, im Herbst 2012, in den Russland-Analysen geführt worden (s. Russland-Analysen Nr. 250 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen250.pdf>>). Ungeachtet des Koalitionsvertrags, der folgenden Passus enthält: »Wir wollen die Russland- und Osteuropa-Kompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage stellen. Dazu wollen wir die wissenschaftlich-analytische Expertise über diese Region stärken« (Koalitionsvertrag, S. 169), sind bis Mitte 2015 keine grundlegenden Veränderungen in diesem Bereich erfolgt. Im Dezember 2014 wurde im Deutschlandfunk ein Beitrag von Simone Miller veröffentlicht, in dem zum Teil Thesen der oben erwähnten, zwei Jahre zurückliegenden Diskussion zur deutschen Russland-Expertise aufgegriffen werden (siehe Miller: Fehlende Osteuropa-Expertise..., in den Lesetipps). Meiner Einschätzung nach mangelt es beim Russland-Diskurs in Deutschland an Objektivität, Konsequenz und Tiefe der Analyse. Oft werden umstrittene Thesen formuliert, die keine Begründung enthalten, auf deren Grundlage allerdings dann eine weitere Kette von Überlegungen aufgebaut wird. Die so gewonnenen Ergebnisse und Schlussfolgerungen werden als absolut richtige dargeboten, während Opponenten zu »ideolo-

gischen Gegnern« und »Propagandisten« erklärt werden, die für die russische Seite arbeiteten. Diese nutzt übrigens die Nuancen des deutschen Diskurses, um aus ihrer Sicht günstige Thesen in die eigene Propagandamaschine zu integrieren. Diese wiederum produziert selbst Informationen, die von einer objektiven Analyse sehr weit entfernt sind. In Russland schenken vor allem Journalisten staatlicher und privater Medien sowie Wissenschaftler und Fachleute, etwa aus dem Akademie- oder Universitätsbereich, der deutschen Russland-Diskussion in Politik und Gesellschaft Beachtung. Die Ansichten der Experten aus dem Akademie- und Universitätsbereich kommen in der offiziellen Propaganda allerdings kaum zum Ausdruck.

Anfang 2015 wurde bekannt, dass in Deutschland mit Hilfe staatlicher Mitteln ein neues Forschungsinstitut geschaffen werden soll. Allerdings sind die genauen Aufgaben, Termine, die Zahl der Experten und die Konzeption im Großen und Ganzen noch nicht klar (es gab noch keine offene Erörterung; siehe auch Rinke: Große Unbekannte..., in den Lesetipps). Es ist klar, dass die Schaffung eines neuen Think Tanks ein höchst komplizierter Prozess ist und allem Anschein nach einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Andererseits wird mit jedem Monat deutlicher, dass der Aufbau des neuen Instituts dringendst beschleunigt werden muss. Eine solche Einrichtung muss zu einem Koordinationszentrum der Beschäftigung mit dem postsowjetischen Raum, sowie zu einem effektiven Moderator des Russland-Diskurses in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft werden. In dieses Institut sollten sich auch interessierte Experten aus Russland aktiver einbringen, und die Ergebnisse sollten den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft beider Länder als Wegweiser dienen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. Vladislav Belov ist Stellvertretender Direktor des Europa-Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften und Leiter des Zentrums für Deutschlandstudien.

Lesetipps

- Banse, Dirk, Florian Flade, Uwe Müller: Deutscher Putin-Unterstützer gibt den Russland-Experten, in: Die Welt, 20. April 2014; <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article127133177/Deutscher-Putin-Unterstuetzer-gibt-den-Russland-Experten.html>>.
- Fischer, Sabine: EU-Sanktionen gegen Russland. Ziele, Wirkung und weiterer Umgang [= SWP-Aktuell 2015/A 26], März 2015; <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A26_fhs.pdf> .
- Meister, Stefan: Fünf Illusionen über das System Putin. Eine Realitätsprüfung populärer Thesen [= Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 6/2015], 3. Juli 2015; <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/weitere-publikationen/fuenf-illusionen-ueber-das-system-putin>>
- Meister, Stefan: Thesen für eine neue deutsche Russlandpolitik. Handlungsspielräume, Ziele und neun Empfehlungen [= DGAPkompakt Nr. 3/2015], 24. März 2015; <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapkompakt/thesen-fuer-eine-neue-deutsche-russlandpolitik>>.

- Miller, Simone: Fehlende Osteuropa-Expertise. Deutschlands Russlandpolitik in der Krise, in: Deutschlandfunk, 29. Oktober 2014; <http://www.deutschlandfunk.de/fehlende-osteuropa-expertise-deutschlands-russlandpolitik.724.de.html?dram:article_id=301751>.
- Rinke, Andreas: Große Unbekannte – Berlin verstärkt Russlandforschung, in: OnVista, 28. Januar 2015; <<http://www.onvista.de/news/grosse-unbekannte-berlin-verstaerkt-russlandforschung-2038285>>.
- Schwarz, Wolfgang: Der Westen & Russland – zum Diskurs, in: Das Blättchen, 17.2014, Nr. 15, 21. Juli 2014; <<http://das-blaettchen.de/2014/07/der-westen-russland-zum-diskurs-29547.html>>.
- Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!; in: Zeit-Online, 5. Dezember 2014 <<http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>>.

DOKUMENTATION

Ostpolitik und Geschichtsbewusstsein in Deutschland

Dietrich Geyer, Tübingen

Professor Dietrich Geyer hat lange Jahre das Institut für Osteuropäische Geschichte in Tübingen geleitet und als einer der führenden Osteuropahistoriker in Deutschland die Entwicklung dieses Faches entscheidend mitgeprägt. Seinen Vortrag über Ostpolitik und Geschichte hielt er im Rahmen der Vorlesungsreihe zum 16. Internationalen Historikerkongreß am 29. August 1985.

Im Jahre 1985, als Dietrich Geyer in Stuttgart sprach, war die Welt noch in Ost und West gespalten. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen durch die UdSSR und der »Doppelbeschluss« der NATO hatte der Konfrontation der Blöcke neue Schärfe verliehen. In Reaktion waren in der Bundesrepublik und der DDR Friedensbewegungen entstanden, die sich gegen Wettrüsten und die nukleare Bedrohung wandten. Indes war im Frühjahr 1985 in Moskau Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPSU gewählt worden. Im Laufe der folgenden Jahre leitete der neue Generalsekretär eine politische Wende ein, die die Ost-West-Konfrontation überwand und Ende 1991 zur Auflösung der Sowjetunion führte.

Wir drucken im folgenden mit Erlaubnis des Autors einen Auszug aus seinem Vortrag ab, denn es scheint uns, dass seine Analyse auch heute von Bedeutung ist.

[...]

Konzentrieren werde ich mich auf Ostpolitik als Teil der deutschen Bewußtseinsgeschichte, das heißt: ich frage nach Spuren, die der Umgang mit den Ostproblemen im Bewußtsein der Deutschen hinterlassen hat, nach Vorstellungen und Begriffen, auch nach fixen Ideen, die die Deutschen in der Auseinandersetzung mit diesen Problemen von sich selber und von den anderen gewonnen haben.¹ Dabei geht es um Sachverhalte von langer Dauer und um Wirkungen bis in unsere Gegenwart hinein.

Ein solcher Tatbestand von langer Dauer wird sofort deutlich, wenn man sich klar macht, daß Ostpolitik (von welchem deutschen Standort her auch immer) in neuerer Zeit vor allem Rußlandpolitik gewesen ist. Deutsche Ostpolitik war seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert vor allem auf Rußland zentriert, und das war eine folgenreiche Sache – freilich keine, die von den Deutschen alleine abhängig gewesen wäre. In dieser Fixierung drückt sich die Konstanz, die Kontinuität der russischen Großmacht aus, die Dauerhaftigkeit des Russischen Imperiums auch über den Umbruch der Revolutionen hinweg, bis zu den Metamorphosen hin, die dieses Imperium in den letzten sieben Jahren unter kommunistischer Herrschaft erfahren hat.

Zur dominierenden Kraft im Osten Europas (im Norden, wie man damals noch sagte) war der Moskauer Staat unter Peter dem Großen aufgestiegen – dank der neuen Staatsmaschine, dank des neuzeitlichen petrinschen Militär- und Steuerstaats, dank der russischen Siege im Nordischen Krieg. Zu den Voraussetzungen des russischen Machtaufstiegs gehörte das Ende der schwedischen Vormacht an der Ostsee und gehörte vor allem auch die russische Hegemo-

¹ Günther Stökl, Osteuropa und die Deutschen. Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft, 3. durchges. und erweit. Aufl. Stuttgart 1982.

nie in Polen: Polen-Litauen, diese weiträumige Adelsrepublik im Osten, hatte den Zarenstaat bisher an der Peripherie Europas festgehalten. Mit dem Verfall dieser spätmittelalterlichen Reichsbildung, mit dem Niedergang Polens, begann die Dauerpräsenz Rußlands in der europäischen Politik und in den deutschen Angelegenheiten zumal².

Die russische Dauerpräsenz in Deutschland ist für das 18. Jahrhundert in den Einzelheiten hier nicht darzustellen. Ich erinnere nur daran, daß im Nordischen Krieg die Truppen Peters in Pommern und Sachsen, in Mecklenburg und Holstein standen. Ich erinnere an den Siebenjährigen Krieg, an die russische Okkupation Ostpreußens und an die Besetzung von Berlin 1760, an das *Miraculum* des Hauses Brandenburg, an die russischen Eingriffe in den preußisch-österreichischen Dauerkonflikt, an die Intervention Katharinas der Zweiten in den bayrischen Erbfolgekrieg und sofort. Ich denke an die machtvolle Rolle, die russische Armeen in Deutschland spielten, seit das revolutionäre Frankreich über seine Grenzen trat und Napoleon weite Teile Europas umzustürzen begann. Wenig später dann, in den Befreiungskriegen und in der Restaurationszeit, ist Rußland in Deutschland in wechselnden Rollen aufgetreten: Alexander I., gefeiert als der Befreier der Völker, als »Liberator der braven Deutschen«. Sein Bruder und Nachfolger, Kaiser Nikolaj I., galt zwischen dem Polenaufstand und der Olmützer Punktation, zwischen 1830 und 1850, für alle Liberalen und Demokraten als Inbegriff der Reaktion und Despotie, für die Konservativen war er Hüter der monarchischen Legitimität, Unterpfand dafür, daß Deutschland nicht in Chaos und Anarchie versinke.

Rußland als Element der deutschen Binnengeschichte, als Bestandteil der Begriffe, die die Deutschen von sich selber und von den anderen hatten: in diesem einschneidenden Sinn ist Rußland erst verhältnismäßig spät ins Bewußtsein des breiteren Publikums in Deutschland eingetreten, dann freilich geschah das nachhaltig und dauerhaft. Nach den Befreiungskriegen waren es die Jahre des sogenannten Vormärz, sodann die 1848er Revolution mit ihren Nachwirkungen, von denen stärkste Anstöße ausgegangen sind. Erst jetzt, während der Restaurationszeit, wurde das Zarenreich, in Abwehr oder Zuwendung, zum Dauerthema öffentlicher Debatten. Russophobie und Russophilie, Russenhaß und Russenliebe, gewannen Bekenntnischarakter, fungierten als Erkennungszeichen, erhielten einen innerdeutschen Gebrauchswert, der der nüchternen Analyse wenig zuträglich war. Denn nicht Rußland, sondern eine ausgedachte Ordnung wurde vorgeführt, Rußland als Metapher für Grundfragen der Verfassungs- und Gesellschaftsform in Deutschland³.

Faustregel war: Wer die Russen schmäht, wer an ihnen keinen guten Faden läßt, wer in Rußland die Inkarnation von Despotie und Barbarei erkennt, das Bollwerk der Reaktion, in Kaiser Nikolaj den Gendarm Europas, den »Henker der edlen polnischen Nation« und so fort – der gehört ins Lager der Freiheit, der bürgerlichen wie der deutschen Freiheit, der will das Vaterland bewahrt sehen vor der Herrschaft der Knute und vor Sklaverei, der steht für die Volksrechte ein, für das Recht der Nation, kämpft gegen die Mächte der Beharrung, der Finsternis, gegen Fürstenwillkür und Untertanengeist, mit anderen Worten: gegen die »russische Partei« mitten unter uns. Und auf der anderen Seite der Barrikade galt: Wer Rußland und die Russen verteidigt, wer gar Lobenswertes an ihnen findet, der gehört (im Verständnis eben dieser Verteidiger) ins Lager der monarchischen Legitimität, der gottgewollten Ordnung, der bewahrenden, der konservativen Kräfte, zu denen also, die gegen den »falschen Schein« der Freiheit sind, gegen die dämonischen Mächte der Revolution, gegen Chaos und Anarchie, gegen die Despotie der Masse, gegen Doktrinäre, Demagogen, Franzosenfreunde, gegen »entdeutsche«, »verwälschte« und »halbverjudete Philister«. So las man's in der Kreuzzeitung 1853.

Kein Zweifel freilich, daß in der binnendeutschen Rußlanddebatte der Haß stärker als die Liebe war. Nicht konservative Russensympathie, sondern liberale und demokratische Russophobie prägte die Maßstäbe und die Begriffe. Und diese waren auf schärfste Kontraste angelegt. Hier, in Deutschland, die Tugenden der Bürgerwelt: Kultur, Zivilisation, Fortschritt, Freiheit, Herrschaft des Rechts; dort, in Rußland, die Merkmale asiatischer Barbarei, orientalische Despotie, Willkür, Eroberungsgeist, Expansion – kulturverschlingende Expansion in Permanenz; hier, in Deutschland: Individualität, Ehrbarkeit, Fleiß, Sparsamkeit, Reinlichkeit, Enthaltbarkeit und dergleichen; dort, in Rußland: Grausamkeit, Triebhaftigkeit, Trunksucht, Schmutz und ähnliche gräßliche Eigenschaften mehr. Viele Einzelteile dieser Klischees ließen sich aus der älteren Literatur zusammensetzen, schon aus der Rußlandliteratur des 16. und 17. Jahrhunderts, auch aus der der Aufklärung und natürlich aus der antirussischen Publizistik der französischen Revolution.

2 Erhellendes über den Begriffswandel bei Hans Lemberg, Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom »Norden« zum »Osten« Europas, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N. F. 33 (1985), S. 48–91; Zusammenfassung des Forschungsstandes: *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Bd. 2: Vom Randstaat zur Hegemonialmacht, hrsg. von Klaus Zernack, Stuttgart 1981 ff. (Lieferungen 1–5).

3 Hierzu und zum Folgenden: Dieter Groh, *Rußland und das Selbstverständnis Europas*. Ein Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte, Neuwied 1961; Peter Jahn, *Russophilie und Konservatismus*. Die russophile Literatur in der deutschen Öffentlichkeit 1831–1852, Stuttgart 1980.

Der junge Joseph Görres hatte 1798 die Gefahr der russischen Welt-Despotie beschworen, und viele taten es ihm nach, Rußland ein barbarischer Koloß – »aus Schnee, Eis und Blut zusammengeknetet«⁴.

Und überall berief man die Beweiskraft der Geschichte: Man verwies auf den Einfall Ivans des Schrecklichen in Livland, auf die Moskowiterfurcht damals, verwies auf den vermeintlichen Endzweck russischer Machtpolitik, auf das angebliche Testament Peters des Großen (eine Erfindung polnischer Emigranten), auf Projekte Katharinas der Zweiten, auf den ungehemmten Expansionstrieb der Russen, einen auf Weltherrschaft versessenen Drang – Expansion als Naturgesetz russischer Geschichte. Solche klischierten Vorstellungen, zum Geschichtsgesetz hochstilisiert, geistern durch die Kremlastrologie noch heute. Ein deutscher Professor hat vor 1914 einmal ausgerechnet, daß Rußland seit Peter dem Großen pro Tag um 90 Quadratkilometer gewachsen sei⁵.

An Material, aus dem die Waffen der Russophobie geschmiedet wurden, fehlte es also nicht. Aber anders als im 18. Jahrhundert, das noch auf den aufgeklärten Herrscher setzte, wurde jetzt, im 19., zwischen Herrschaftsform und Volkscharakter nicht mehr unterschieden. Es gab kein anderes, kein besseres Rußland, gab keine Hoffnung, es sei denn den Krieg: den Entscheidungskampf zwischen Freiheit und Despotie, Rußland und Europa, Ost und West, zwischen Germanentum und Slawentum. Dieser entscheidende Kampf schien mit dem Krimkrieg angebrochen zu sein, und die öffentliche Stimmung drängte denn auch auf den Kriegseintritt Preußens und Österreichs an der Seite der Westmächte.

Das Bild von der Einheit zwischen Zar und Volk galt im Übrigen auch im konservativen Milieu. Die Konservativen, die »Berliner Ukasuisten und Knutologen«, machten aus Rußland das Idealbild einer Welt, die, wie sie meinten, heil geblieben sei, die Revolution, Pauperismus, Proletarisierung, Sozialismus, Kommunismus, die »eiternden Geschwüre« des modernen Europa nicht zu fürchten habe. Das patriarchalische Rußland hielt August Frhr. von Haxthausen in seinen berühmten Rußlandstudien (1847/52) für den Inbegriff unbeschädigten Lebens, gegründet auf Familie und Gemeinde, auf das zutiefst religiöse Bauernvolk, auf Volksleben, Volksinstinkt und auf die Vollgewalt des Zaren. Rußland habe dem verderbten Westen viel zu sagen⁶.

Diese Ansicht war schon in der Idee der Heiligen Allianz, im Ausstrahlungsfeld Alexanders des Ersten, aufgekommen. Ich erinnere an Jung-Stilling und Franz von Baader; sie hatten sich auf die besondere religiös-politische Sendung der Ostkirche bezogen und Erlösungshoffnungen mit ihr verknüpft. Die Faszination, die von der russischen Religiosität ausging, nährte sich auch später noch, bis in unser Jahrhundert hinein, von Zivilisationsmüdigkeit, Krisenbewußtsein, von der Sehnsucht nach Sinn. Dem entsprach die Bewunderung für die Ursprünglichkeit des russischen Natur- und Seelenmenschen. Der Mythos von der russischen Seele (auch der slawischen Seele) hat hier seinen Ort. Auf diese Gefühlslagen, die Ausdruck des Orientierungsnotstands deutscher Intelligenz gewesen sind, wirkten dann vor allem Tolstoj und Dostojewskij ein. Rußland weckte Sehnsucht nach neuer Offenbarung und Geborgenheit. Man denke an das Rußlanderlebnis von Rainer Maria Rilke; er ging dann in Worpsswede im Russenhemd und in Tatarenstiefeln und sagte: »proschtschaj« statt Lebewohl⁷.

Weil Europa verdorben und am Ende sei, hat auch Friedrich Nietzsche Rußland gepriesen: Rußland, das Land der Zukunft, »die einzige Macht, die ... Dauer im Leibe hat, die warten kann, die etwas noch versprechen kann – Rußland, der Gegensatzbegriff zur erbärmlichen europäischen Kleinstaaterei und Nervosität,« – diese Macht müsse »Herr Europas und Asiens« werden. Solche Verheißung setzte auf die unverbrauchten »jungen Volker«, auf die »Barbaren des 20. Jahrhunderts«, und das ging fort über den Ersten Weltkrieg hinweg. Spuren finden sich bei Oswald Spengler, Max Scheler, finden sich bei Moeller van den Bruck und im Tatkreis, im Milieu der konservativen Revolution und des Nationalbolschewismus von Weimar⁸.

Derlei Bekundungen der Attraktivität blieben in Deutschland freilich überwiegend literarisch und philosophisch, das heißt: sie blieben im Wesentlichen folgenlos. Ungleich stärker war die Tradition der Negativklischees, war – über alle Gegensätze hin – die Konsens stiftende Kraft der Rußlandfeindschaft. Das wirkliche Rußland wurde dafür eigentlich gar nicht gebraucht. Die Urteile hatten sich längst verselbständigt, hatten symbolischen Charakter angenommen. [...]

4 D. Groh, Rußland, S. 87; gute Forschungsübersichten über die ältere deutsche Rußlandliteratur: Russen und Rußland aus deutscher Sicht, hrsg. von Mechthild Keller, München 1985.

5 Yorck von Wartenburg, Weltgeschichte in Umrissen, 5. Aufl. Berlin 1901, S. 495.

6 August von Haxthausen, Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands, Bd. 1–2, Hannover 1847, Bd. 3, Berlin 1852; dazu P. Jahn, Russophilie, S. 181ff.

7 Heinrich Stammler, Wandlungen des deutschen Bildes vom russischen Menschen, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 5 (1957), S. 271–305; Wolfgang Leppmann, Rilke. Sein Leben, seine Welt, sein Werk, Bern 1981, S. 128 ff.

8 D. Groh, Rußland und das Selbstverständnis Europas, S. 305 ff.; Hans Hecke, Die Tat und ihr Osteuropabild 1909–1939, Köln 1974; Louis Dupeux, »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919–1933, München 1985.

Ich bin auf diese alten Rußland- und Slawenklischees deshalb so ausführlich eingegangen, weil sie über die Generationen hin haften geblieben sind. Dabei hatten sich doch, spätestens seit der Gründung des Bismarckschen Reiches, die machtpolitischen Verhältnisse von Grund auf verändert. Die Gewichte hatten sich gewissermaßen umgekehrt: Deutschland war zu einem Machtfaktor ersten Ranges geworden, Rußland dagegen war seit der Krimkriegniederlage nachhaltig geschwächt, seine hegemoniale Rolle in den deutschen Angelegenheiten war dahin. Das Zarenreich blieb auf Jahre hinaus mit sich selbst beschäftigt, mit dem Versuch, seinen Entwicklungsrückstand aufzuholen und durch innere Reformen aufs Niveau seiner europäischen Konkurrenten zu kommen. Aber diese Schwächung, die doch zu den Voraussetzungen der Reichsgründung gehörte, wurde in Deutschland kaum registriert. Ins gesellschaftliche Bewußtsein ging sie nicht ein. Auch ein schwaches Rußland weckte Angst⁹. Neben der Russophobie wirkte der Superioritätsanspruch gegenüber der slawischen Welt ungemindert fort, ja er wurde nun mit neuem Machtgefühl aufgeladen und durch sozialdarwinistische und völkische Leitbegriffe radikalisiert. Was an konservativer Rußlandorientierung nachgeblieben war, verfiel im Lauf der Zeit.

[...]

Nach meinem Eindruck sind wir Deutschen unmäßig stark auf uns selber fixiert – ob in neopatriotisch verklärter Pose oder in selbstquälerischer Absicht, das bleibt sich gleich. Auch die nun schon modische Frage nach der deutschen Identität oder die noch seltsamere Frage, wem die deutsche Geschichte denn nun wohl gehöre? – auch solche Reden zeigen das mit jedem Zungenschlag. Ich meine, unsere Identität ist kräftig genug, um derlei Nabelschau zu überwinden und um zu begreifen, daß wir nicht zu uns selber kommen werden, solange wir keine genaueren, keine vernünftigeren Begriffe von unseren Nachbarn haben – auch und gerade von unseren Nachbarn im Osten.

Quelle

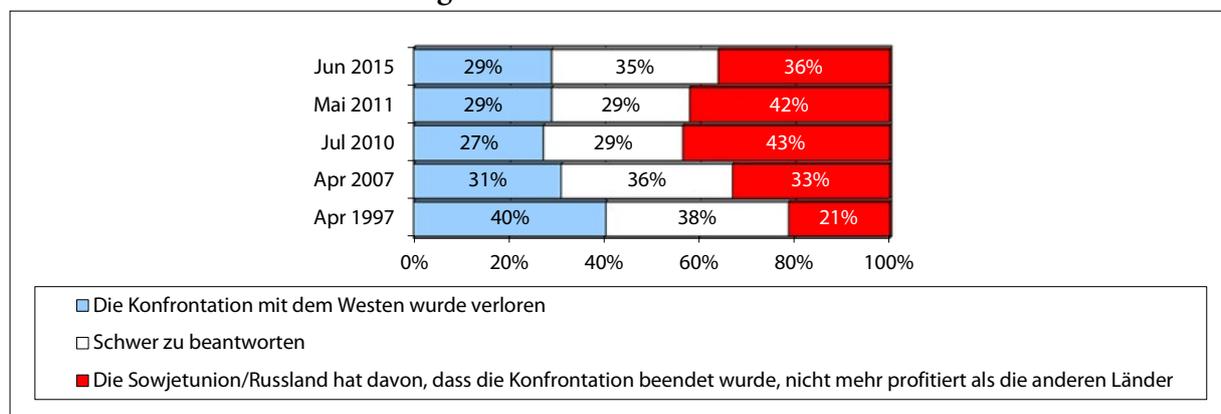
Geyer, Dietrich: Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34.1986, Heft 2 (April 1986), S. 147–159 <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_2_1_geyer.pdf, 13. Juli 2015>.

9 Maria Lammich, Das deutsche Osteuropa-Bild in der Zeit der Reichsgründung, Boppard am Rhein 1977.

UMFRAGE

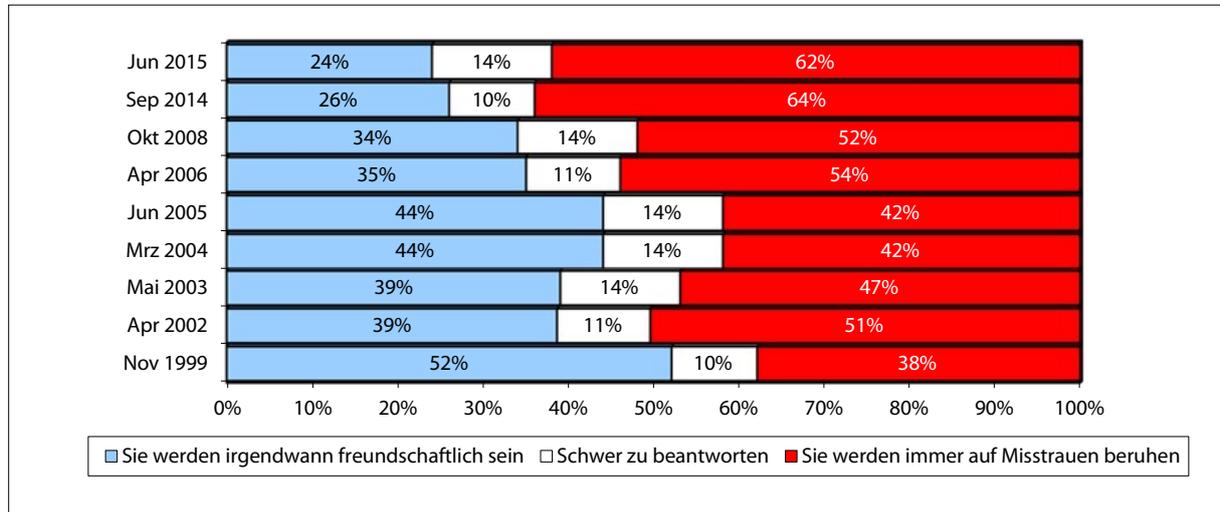
Russland und der Westen aus Sicht der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Was denken Sie, hat die Sowjetunion/ Russland als Ergebnis des veränderten außenpolitischen Kurses am Ende der 1980er Jahre die Konfrontation mit dem Westen verloren oder nicht mehr gewonnen als alle anderen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/26-06-2015/rossiya-zapad-vospriyatye-drug-druga-v-predstavleniyakh-rossiyan>>, 26. Juni 2015

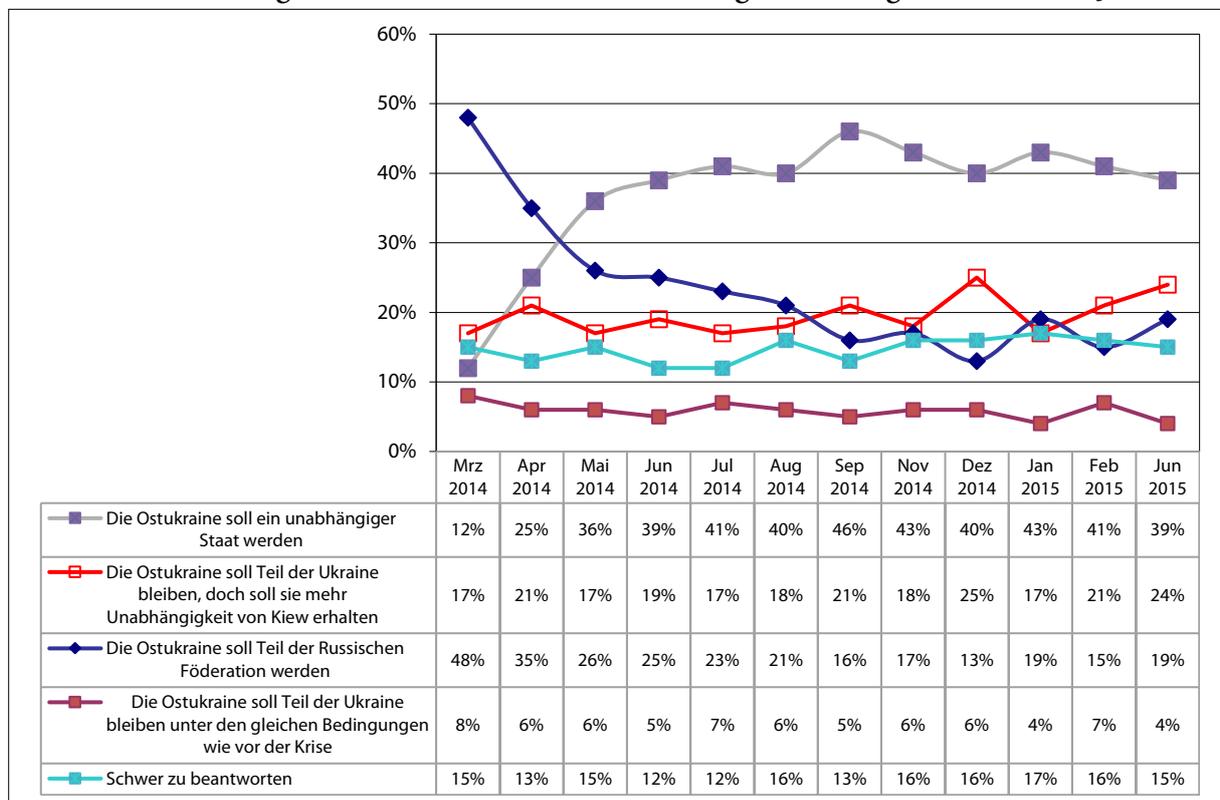
Grafik 2: Was denken Sie, werden die Beziehungen Russlands zum Westen irgendwann wirklich freundschaftlich sein oder werden sie immer auf Misstrauen beruhen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/26-06-2015/rossiya-zapad-vospriyatie-drug-druza-v-predstavleniyakh-rossiyan>>, 26. Juni 2015

Die Zukunft der Ostukraine aus Sicht der russischen Bevölkerung

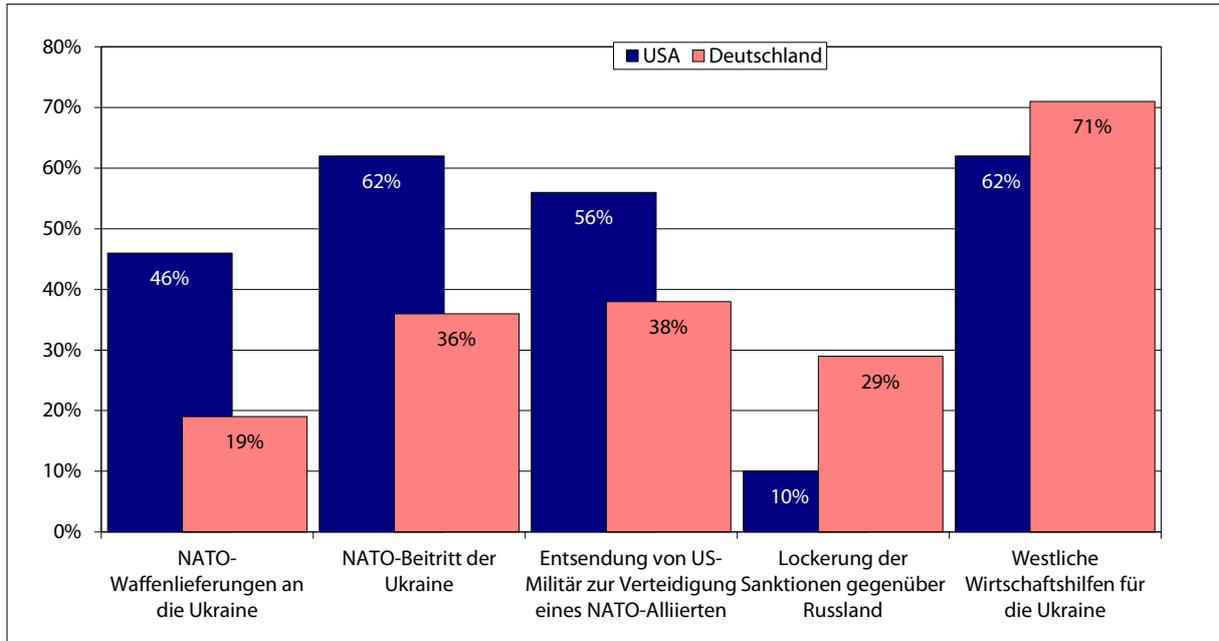
Grafik 3: Was denken Sie über die politische Zukunft der Ostukraine (Luhansk und Donezk)? Welche der folgenden Varianten würden Sie bevorzugen? (Umfragen März 2014 – Juni 2015)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/29-06-2015/sanktsii-i-kontrantsii>>, 30. Juni 2015

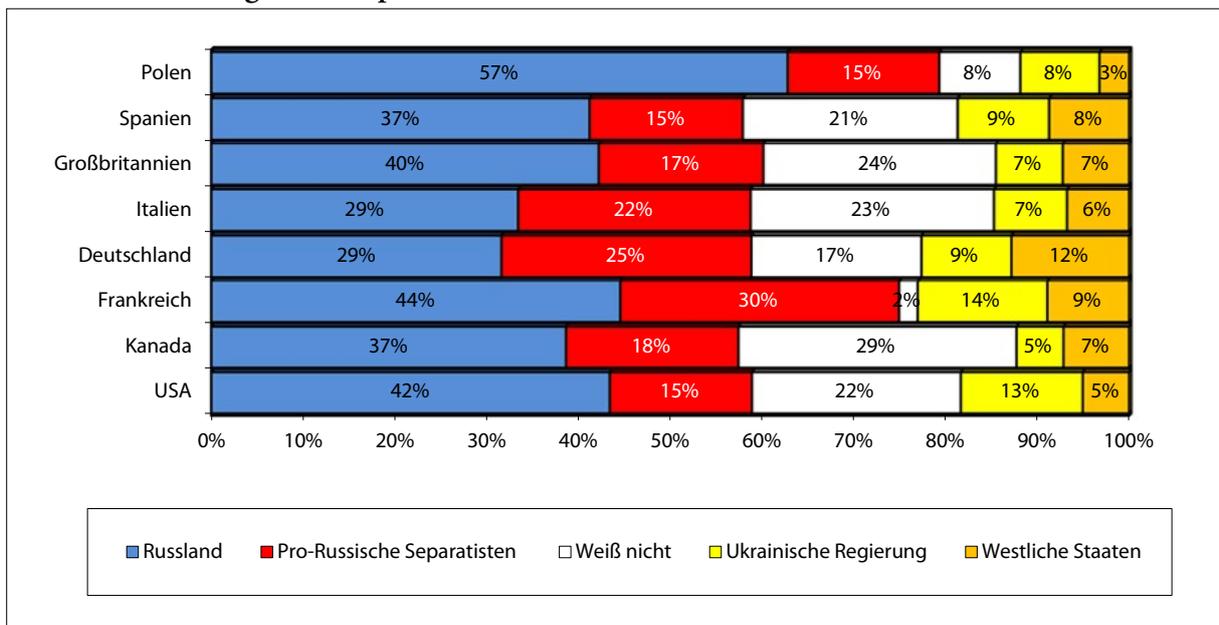
Einstellungen der Bevölkerung von westlichen Ländern zum Ukraine-Konflikt

Grafik 4: Welche der folgenden Optionen bevorzugen Sie als Antwort auf die derzeitige Situation/den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine?



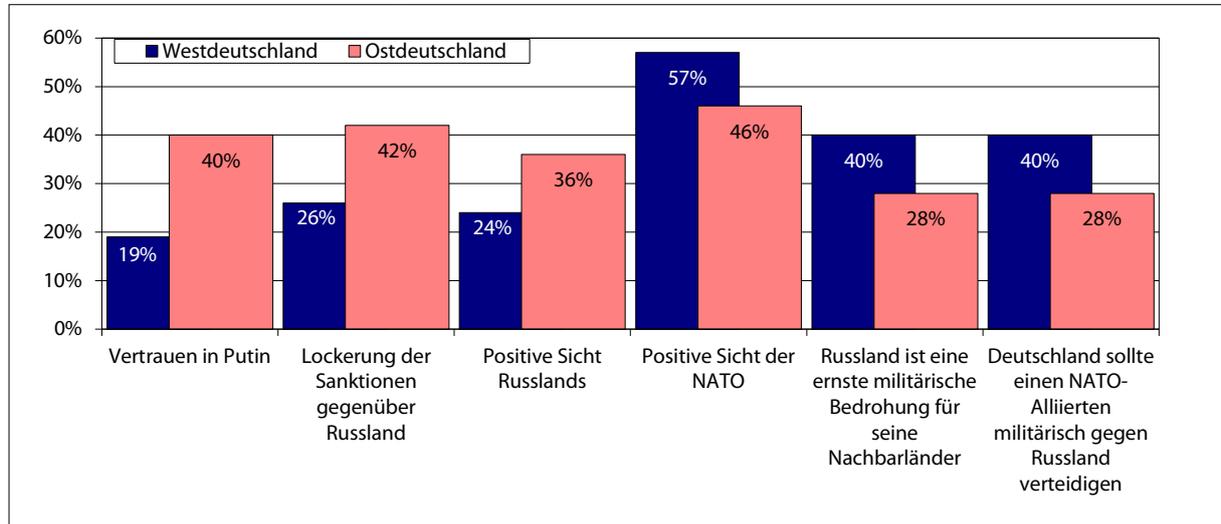
Quelle: Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center auf der Grundlage des »Spring 2015 Global Attitudes Survey« vom 6. April–15. Mai 2015, N = 11.116 <<http://www.pewglobal.org/files/2015/06/Pew-Research-Center-Russia-Ukraine-Report-FINAL-June-10-2015.pdf>>, 18. Juni 2015

Grafik 5: Wer trägt die Hauptschuld an der Gewalt in der Ostukraine?



Quelle: Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center auf der Grundlage des »Spring 2015 Global Attitudes Survey« vom 6. April–15. Mai 2015, N = 11.116 <<http://www.pewglobal.org/files/2015/06/Pew-Research-Center-Russia-Ukraine-Report-FINAL-June-10-2015.pdf>>, 18. Juni 2015

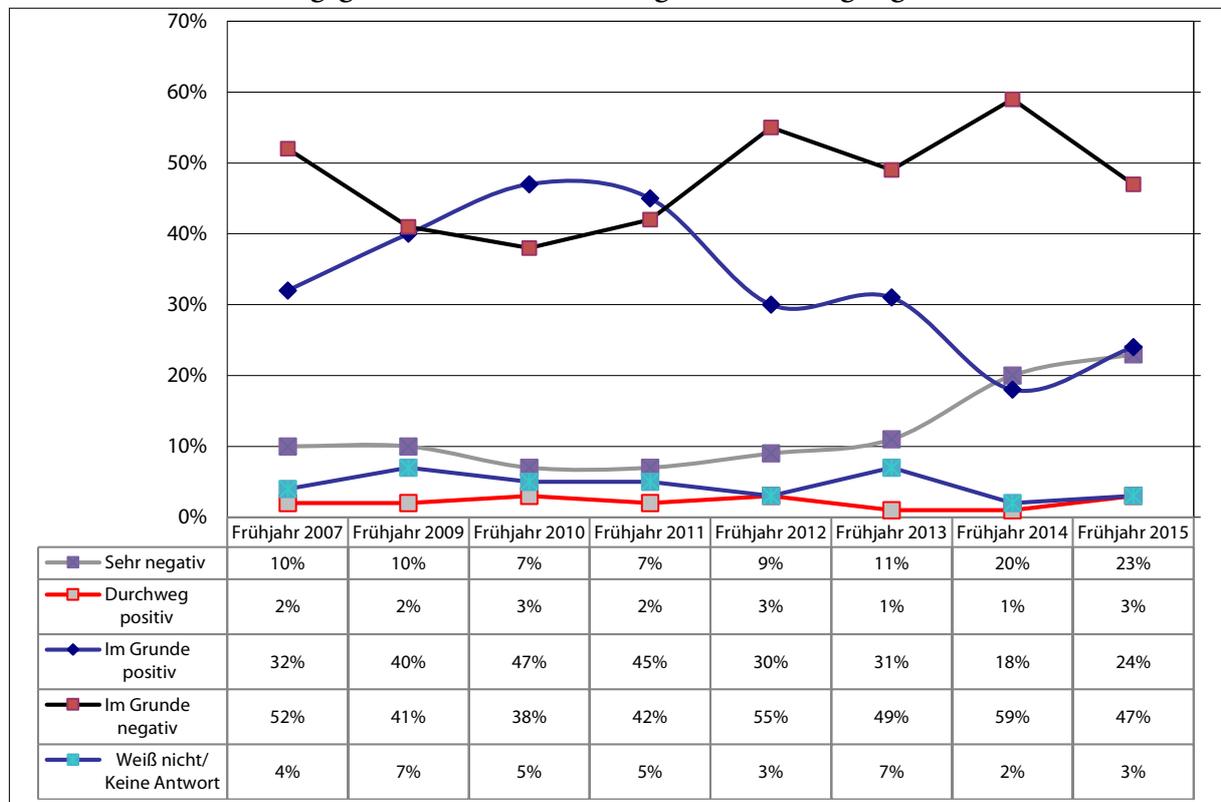
Grafik 6: Wie ist Ihre Haltung zu Russland und der NATO?



Quelle: Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center auf der Grundlage des »Spring 2015 Global Attitudes Survey« vom 6. April–15. Mai 2015, N = 11.116 <<http://www.pewglobal.org/files/2015/06/Pew-Research-Center-Russia-Ukraine-Report-FINAL-June-10-2015.pdf>>, 18. Juni 2015

Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu Deutschland

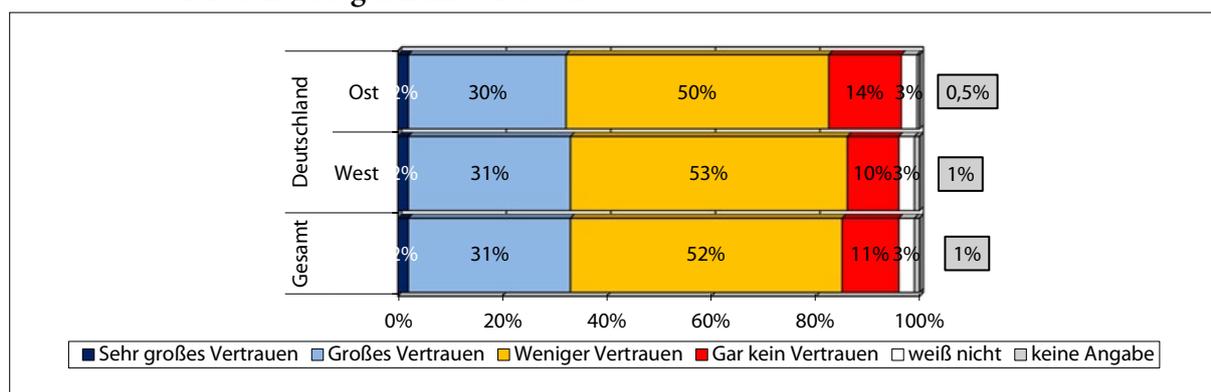
Grafik 7: Wie sind Sie gegenüber Deutschland eingestellt? (Befragung in Russland 2007–2015)



Quelle: Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center auf der Grundlage des »Spring 2015 Global Attitudes Survey« vom 6. April–15. Mai 2015, N = 11.116 <<http://www.pewglobal.org/files/2015/06/Pew-Research-Center-Russia-Ukraine-Report-FINAL-June-10-2015.pdf>>, 18. Juni 2015

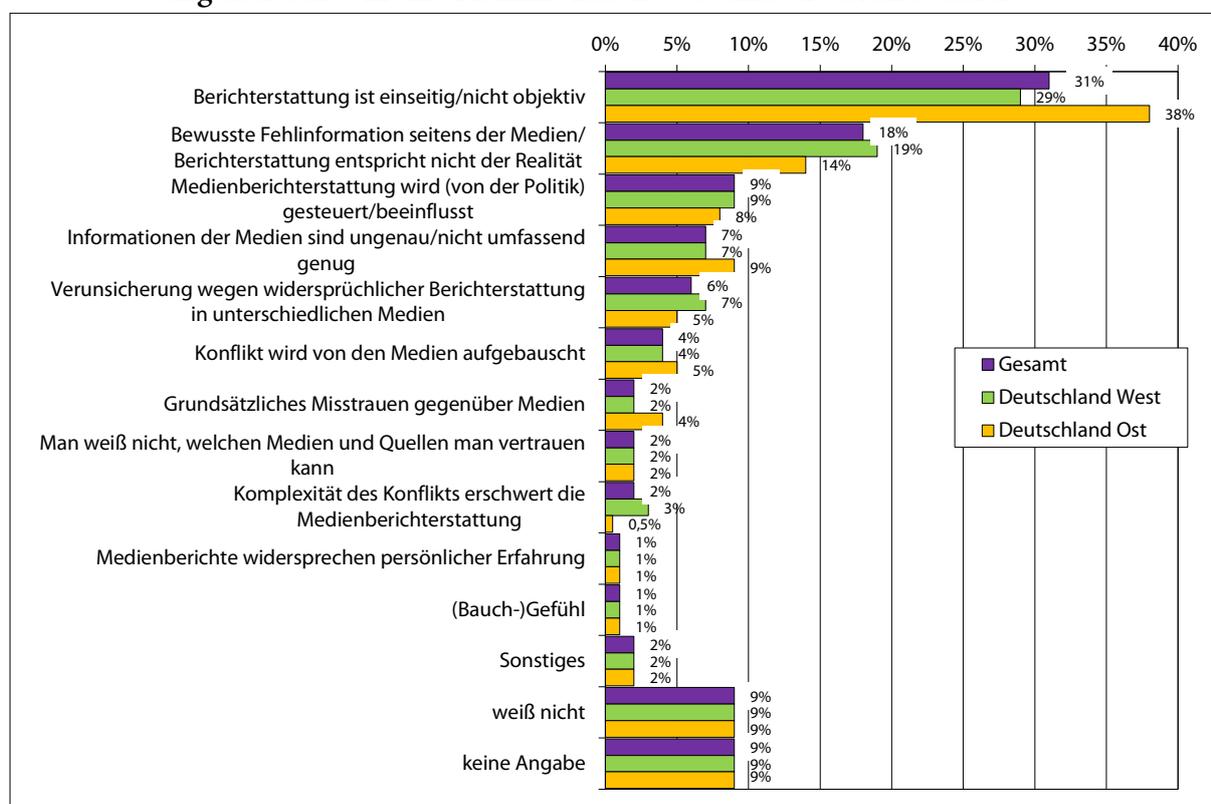
Vertrauen in die Medien-Berichterstattung in Deutschland über den Ukraine-Konflikt

Grafik 8: Haben Sie in die Nachrichten und Informationen der Medien zum Ukraine-Konflikt zwischen Russland und dem Westen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?



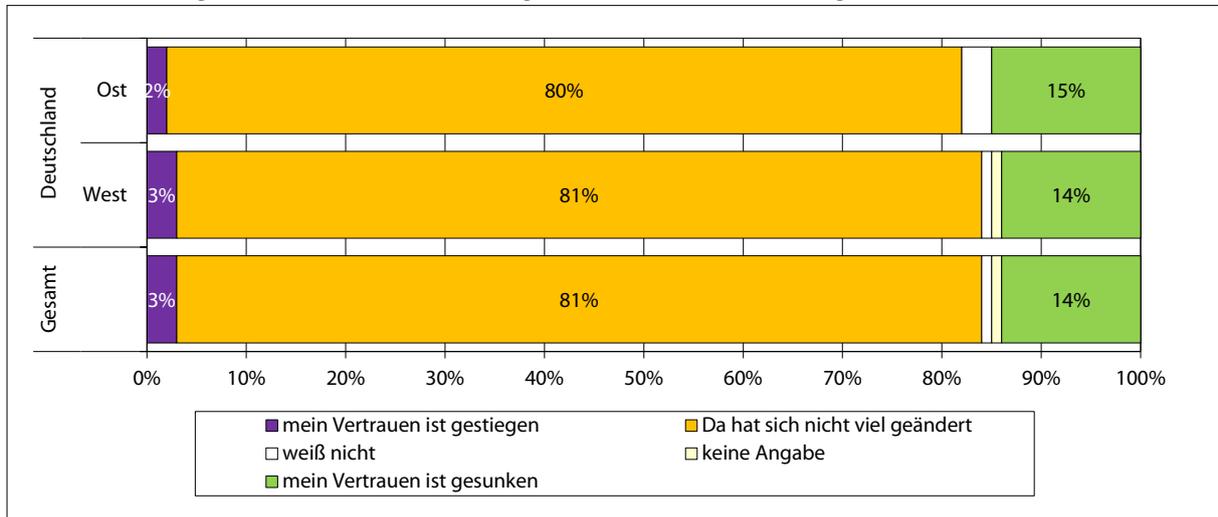
Quelle: Studie des deutschen Meinungsforschungsinstitut infratest dimap für das Medienmagazin ZAPP vom 1.–2. Dezember 2014, N = 1002 <<http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/infratest102.pdf>>, 18. Dezember 2014

Grafik 9: Sie haben gesagt, dass Sie wenig oder gar kein Vertrauen in die Medien-Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt haben. Was sind die Gründe dafür?



Quelle: Studie des deutschen Meinungsforschungsinstitut infratest dimap für das Medienmagazin ZAPP vom 1.–2. Dezember 2014, N = 1002 <<http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/infratest102.pdf>>, 18. Dezember 2014

Grafik 10: Hat sich Ihr Vertrauen in die Berichterstattung der Medien durch die Berichterstattung über die Ukraine-Krise geändert? Würden Sie sagen ...



Quelle: Studie des deutschen Meinungsforschungsinstitut infratest dimap für das Medienmagazin ZAPP vom 1.–2. Dezember 2014, N = 1002 <<http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/infratest102.pdf>>, 18. Dezember 2014

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Russland-Diskurse: Versöhnung mit dem Westen, Rückkehr zur UdSSR oder »russischer Totalitarismus«?

Die turbulenten Ereignisse in der russischen Politik der letzten Jahre geben viele Denkanstöße zur gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung des Landes. Aus dem demokratischen Lager sind zunehmend besorgte Stimmen über die Gefahr einer weiteren Spirale der Konfrontation mit dem Westen zu hören. Die Oppositionellen warnen vor einer aussichtslosen Zukunft des derzeit bestehenden politischen Modells und einem Rückfall in die Diktatur. So zeichnet Michail Chodorkowskij ein düsteres Szenario für das System Putin im Jahr 2035 und schlägt einen Fahrplan mit sieben Punkten vor. Diese soll einen Beitrag leisten zur Versöhnung und Integration Russlands mit der »europäisch-atlantischen« Weltordnung, zu der Russland nach Meinung des ehemaligen Oligarchen eigentlich gehört. Ajder Mushdabajew, der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der Tageszeitung »Moskowskij Komsomolez«, stimmt Chodorkowskij grundsätzlich zu, weist aber darauf hin, dass wenn Russland eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen und Wiederherstellung von Vertrauen anstrebt, es zuerst auf seine »besondere Rolle« verzichten und das Völkerrecht respektieren muss. Auch der Schriftsteller Boris Akunin erörtert die Zukunft Russlands und weist dabei auf vier Hauptprobleme hin, mit denen das Land nach einem Abgang Putins zu kämpfen haben wird.

Angesichts der Repression gegen Oppositionelle und Andersdenkende verstärken sich Debatten über eine Rückkehr Russlands zum sowjetischen Modell. Sergej Roganow, Philosoph und Kolumnist der Tageszeitung »Iswestija« besteht darauf, dass es in der Gesellschaft nicht nur Nostalgie, sondern auch eine bestimmte Nachfrage nach sowjetischen Werten gibt. Wladimir Gelman, Professor für Politikwissenschaft an der Europäischen Universität in St. Petersburg, erörtert die Frage, ob Russland schon gefährlicher sei als die Sowjetunion. Der aktuelle Kurs des Kreml, der sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik immer mehr an den alten russischen Spruch aus der Kriminalwelt »Angst heißt Respekt« erinnert, stellt für Iwan Ochlobystin anscheinend keine Bedrohung dar. Der skandalträchtige ultraorthodoxe Aktivist geht noch einen Schritt weiter und wirbt in seinem Beitrag »Russischer Totalitarismus« für die Wiederherstellung der Gesellschaftsordnung aus der Zeit des Zarenreiches.

Chodorkowskij: Go West: Wie man Russland aus der Sackgasse führen kann

»2035. Russland führt schon seit zwanzig Jahren einen kalten Krieg gegen den Westen. Die Rüstungsausgaben des Haushalts sind auf 30 % des BIP gestiegen. Die Ausreise ins Ausland ist nicht nur den Mitarbeitern des Innenministeriums und der Geheimdienste verboten, sondern allen, die beim Staat oder in öffentlichen Einrichtungen arbeiten. Staatliche Planwirtschaft ist eingeführt worden. Der nichtstaatliche Sektor macht weniger als 10 % der Wirtschaft des Landes aus. Nach einer weiteren Krise auf den Rohstoffmärkten kommt es im Land zu Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung. Es entwickeln sich zentrifugale Tendenzen: Einzelne Teile Russlands werden zu jenen Regionen der Welt hingezogen, die in den letzten zwanzig Jahren in die globale Wirtschaft integriert waren und sich rapide entwickelten.

Noch ist es ein düsteres Szenario, eine künstlerische Fiktion, obwohl sie bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der russischen Führung durchaus wahrscheinlich ist. Es gibt aber auch ein anderes Szenario, über das ich diese Woche mit Vertretern des politischen und wirtschaftlichen Establishments der USA sprechen werde. [...]

Hier nun, wovon ich meine Gesprächspartner bei der Frage der Beziehungen Russlands zum Westen überzeugen möchte:

1. Momentan geht Russland den Weg der Selbstisolation; dieser Weg ist jedoch falsch und nach einem Abgang von Wladimir Putin wird sich die Lage unweigerlich ändern.
2. Für den Westen ist es nicht wichtig, eine Isolation Russlands zu betreiben, sondern dessen allmähliche, wenn auch schwierige Integration in die euro-atlantische Welt zu erreichen.
3. Nolens volens muss auf das jetzige politische Regime in der Russischen Föderation eingewirkt werden, um es in Schlüsselfragen zu einer konventionellen Position zu bewegen.
4. Die US-amerikanischen Eliten müssen die objektiven und den Entwicklungszielen entsprechenden Interessen Russlands verstehen und akzeptieren. Gewahrt werden müssen diese Interessen von einer nächsten Generation der Eliten, die sich personell zum Teil mit den gegenwärtigen Eliten überschneiden wird, wie sehr wir diesen auch kritisch gegenüber stehen.
5. Russland ist hinsichtlich seiner Geschichte, seiner Volksmentalität und der in ihm vorherrschenden Kultur ein europäisches Land, und es hat ein objektives Interesse an einer europäischen und euroatlantischen Integration. Im Endeffekt bedeutet dies einen Beitritt zur NATO und dann zur EU.
6. Russland hat nicht die Aufgabe, China – unseren größten Nachbarn – »einzudämmen«; die zukünftige Russische Föderation kann aber mit den USA und EU eine gemeinsame China-Politik ausarbeiten. Ihr Kernpunkt: »kooperieren ohne zu dominieren«.
7. Russland kann und sollte zu einer führenden Kraft bei der europäischen und euroatlantischen Integration des postsowjetischen Raumes werden. Das ist sowohl Garantie als auch Voraussetzung für eine Führungsrolle in diesem Raum. Diese Führungsrolle wäre nicht imperialer Art, sondern moderner, ideell-technologischer. Es wäre auch ein Mechanismus zur Wiederherstellung der moralischen und politischen Autorität Russlands in den Weiten der ehemaligen UdSSR. Wir sind auf der Suche nach Verbündeten, die Russland dabei helfen, endlich Europa zu werden. Russland seinerseits kann für den Westen eine Möglichkeit bieten, an einem neuen Durchbruch in der Wirtschaft teilzuhaben, und zum wichtigsten Faktor bei der Neutralisierung unterschiedlichster globaler Gefahren zu werden.

Michail Chodorkowskij auf »RBK Daily«, 16. Juni 2015, <<http://www.rbcdaily.ru/politics/562949995645278>>

Ajder Mushdabajew: Um ein Teil des Westens zu werden, muss Russland zunächst einmal selber Westen werden

»Dem von mir hochverehrten Michail Chodorkowskij kann man hier in vielem zustimmen, in fast allem. Außer in zwei Punkten, denke ich:

1. Nach der Krim-Annexion und dem Krieg mit der Ukraine hat Russland leider die Möglichkeit verloren, zu einer Führungskraft, einem Gravitationszentrum für den postsowjetischen Raum zu werden. Es wird Russland kaum gelingen, das Vertrauen der Nachbarn (nicht nur der Ukraine, sondern aller) zurückzugewinnen, bis nicht eine absolute und tatkräftige Abkehr von vulgären imperialen Ambitionen und allen territorialen Ansprüchen erfolgt ist. Höchstwahrscheinlich wird es auch dann nicht vollständig gelingen: Die perfide Verletzung des Völkerrechts wird nicht einfach so, durch schöne Augen, die plötzlich nach Westen gerichtet werden, vergessen sein; darüber sollte man sich keine Illusionen machen.
2. Der Westen hat den Wechsel der politischen Eliten von der Realpolitik zu einer Politik der Prinzipien fast abgeschlossen. Und es wird Russland kaum gelingen, allein aufgrund einer halben Anerkennung eines halben Unrechts mit dem Westen übereinzukommen. Als ob wir sagen: Wir wollen zu Euch, nehmt uns, solange wir noch freundlich sind, aber ihr sollt auch wissen, dass wir besonders sind. Nein. Entweder zeigt Russland Reue, gesteht den verbrecherischen Charakter seiner derzeitigen internationalen Politik ein, entschuldigt sich und gibt das Geraubte samt Kontributionen zurück; oder man kann eine vollständige Integration – und nur die hat Sinn, wenn es um einen realen Fortschritt gehen soll – vergessen. Der Westen wird mit einem »Besonderen« keine Integration zu einem gemeinsamen politi-

schen und wirtschaftlichen Raum unternehmen; zu groß wäre das Risiko, dass die Prinzipien verwässert werden, auf deren Grundlage er [der Westen] heute so effektiv vereinigt ist. Um ein Teil des Westens zu werden, muss Russland zunächst einmal selbst Westen werden. Und genau darin liegt das Problem und nicht unbedingt in der Person Putin.«
Ajder Muzhdabajew auf Facebook, 16. Juli 2015, <<https://www.facebook.com/ayder.muzhdabaev/posts/986928544674354>>

Akunin: Nach Putin

»Ich denke immer häufiger nicht mehr darüber nach, welche Prüfungen Russland noch *unter Putin* wird durchlaufen müssen (darüber schreiben viele; die Versionen sind mehr oder weniger klar), sondern darüber, welche Suppe wir danach auslöffeln müssen.

Natürlich wird zum einen viel davon abhängen, wie lange sich das Regime noch halten wird, und zweitens davon (und das ist der Kernpunkt), wie der Regimewechsel vor sich geht: unblutig oder blutig, und wenn doch – geb's Gott, dass nicht das Zweite geschieht –, dann davon, wie blutig. Je länger sich die Agonie hinzieht und je traumatischer der Abgang wird, desto mehr Probleme wird der erneuerte Staat zu bewältigen haben, und desto stärker werden die Probleme verschleppt.

Wenn es schlecht läuft, sind ein Wirtschaftskollaps, Hyperinflation und enorme Auslandsschulden unausweichlich (nachdem das Regime das eigene Geld vergeudet hat, wird es bis zum Äußersten Geld leihen, um die soziale Explosion hinauszuzögern). Aber selbst wenn das Schicksal mit Russland gnädig sein sollte und das Regime schnell und unblutig wechselt, wird es viele schwierige Probleme geben. Ich denke, darüber werden wir noch sprechen; vorerst aber will ich mit Ihnen vier wichtige und dabei keineswegs hypothetische, sondern voll ausgewachsene Probleme erörtern.

1. Es ist klar, dass die ›Öl- und Gas-Wirtschaft auf jeden Fall, auch ohne westliche Sanktionen, das Land nicht mehr ernähren kann. Und wir haben weder die Zeit noch das Geld zum Aufbau eines neuen Modells. Zehn fette Jahre und enorme Export-Einnahmen waren für die Katz.
2. Ein Rückzug aus der Ostukraine-Krise wird sehr schwierig. Das Problem wird sich nicht allein durch ein Einstellen der militärischen, propagandistischen und wirtschaftlichen Unterstützung für die Separatisten lösen lassen. Dort, in den Gebieten Donezk und Lugansk, wohnen viele gewöhnliche Menschen, die sich nun in einer schwierigen Lage befinden, dann aber in eine fürchterliche Lage geraten würden. Sie würden praktisch zu Gefangenen der bewaffneten Einheiten, die nirgendwo hin können und nichts mehr zu verlieren haben.
3. Das Problem der Krim. Dieses Territorium wurde auf Diebesart genommen, schwupp und weg. Jedoch es erst an sich zu nehmen und dann einfach so ›zurückzugeben‹ funktioniert nicht. Nicht, weil eine Rückgabe schade wäre, sondern weil Nawalnyj Recht hat: Es ist kein Fahrrad [, das man sich mal ›ausleiht]. Dort wohnen Menschen, sie haben ihre Wünsche und Rechte. Wie soll man ihnen sagen: ›Das war's, ab morgen gehört ihr nicht mehr zu uns, seht zu, wie ihr da von allein wieder rauskommt? Diese Frage muss gemeinsam mit der Ukraine und unter Berücksichtigung des Willens der Krim-Bevölkerung gelöst werden, wo es in einer Krisensituation höchstwahrscheinlich zu erstem inneren Zwist kommen wird.
4. Natürlich wird es mit Kadyrow Probleme geben, der seine privilegierte Lage ausgenutzt und sich in seiner Domäne mächtig festgesetzt hat. Nimmt man dessen derzeitige Aktivität, bereitet er sich schon auf ein Leben nach Putin vor. Und allem Anschein nach will er sich nicht auf Tschetschenien beschränken, er wird sich wohl zum Anführer des gesamten Nordkaukasus aufschwingen. Wie schmeckt Ihnen die Aussicht auf einen feudalistischen Scharia-Staat an der Südgrenze? Mir gefällt das nicht besonders. [...]«

Boris Akunin auf Livejournal 31. Januar 2015, <<http://borisakunin.livejournal.com/142564.html>>

Roganow: Der Geist der Sowjetunion geht um in Russland

»[...] Das Volk Russlands fordert eine Rehabilitierung, nicht des Kommunismus und der Repressionen, sondern eine der eigenen Biografien, Leben, Pläne und Hoffnungen. [...]

In den sozialen Netzwerken kann man spannende Beiträge ausfindig machen, die auch sehr viel *geliket* werden. Der Tenor ist in etwa so: Hätten wir uns, als wir gegen das verhasste kommunistische Regime kämpften, da etwa die finstere Putinzeit träumen lassen?! ›Wir hatten ja gedacht, dass wir entspannt nach Europa in Urlaub fahren, uns anständige Sachen kaufen, und dass unsere Kinder in Massachusetts studieren werden‹. Und kein Wort über Russland, über das Land, über den Aufbau von etwas Standhaftem, etwas Dauerhaftem. Ein Vierteljahrhundert ist schon vergangen, und man lebt immer noch mit eben diesem Gedanken.

Was wir auch immer versuchen, es ist unmöglich, die UdSSR aus dem Bewusstsein der heute Lebenden wegzuradiieren. Man kann neue Helden anbieten, kann aufklären, kann die Methoden der Bolschewiki kritisieren; niemand aber kann Anspruch auf eine Führungsrolle anmelden und dabei das Sowjetische zu irgendeinem Gespenst machen. Gespenster fangen an, sich zu materialisieren. Ja, unser Volk hat genug kluge Köpfe, um die Perspektiven einer Wie-

derherstellung der UdSSR in ihrer ursprünglichen Form nüchtern einschätzen zu können. Es gibt aber Millionen Herzen, die den Zusammenbruch der Sowjetunion und aller einstiger Wertesysteme zutiefst bedauern.

Ich glaube, dieses Thema wird bei den Wahlen 2016 das zentrale sein, auch dann, wenn man es maskieren und modern herausputzen wird.«

Sergej Roganow in der Iswestija, 30. April 2015, <<http://izvestia.ru/news/586111>>

Gelman: Cholera vs. Pocken: Ist Russland gefährlicher als die Sowjetunion?

»Bemerkenswert ist die Debatte zwischen [Pjotr] Awen [Oligarch und Miteigentümer der Alfa-Bank, d. Red.] und [Wjatscheslaw] Inosemzew [Ökonom; d. Red.] darüber, ob das heutige Russland – für sich selbst und die Außenwelt – gefährlicher ist als die UdSSR. Awen behauptet, dass wenn die UdSSR in vielerlei Hinsicht ›schrecklich, schrecklich, schrecklich‹ war, dann kommt Russland heute – trotz zahlreicher ernsthafter Probleme diesem Horror nicht im Entferntesten nahe und nähert sich ihm auch nicht an (<<https://slon.ru/posts/53631>>). Inosemzew weist in seiner Antwort darauf hin, dass die Gefahr, die vom heutigen Russland ausgeht – obwohl sie eine ganz andere ist, als die von der UdSSR ausgehende –, nicht weniger, sondern sehr viel schrecklicher ist (<<https://slon.ru/posts/53781>>).

Aus meiner Sicht liegt das Problem weniger in dem Grad der Gefährlichkeit an sich, sondern vielmehr in der Art ihrer Genese, und wie man ihr begegnen kann. Wenn man die Parallelen zwischen der politischen und medizinischen Diagnostik weiterführt, die in [meinem] aktuellen Buch angestellt wurde (<<http://www.litmir.co/br/?b=213740>>), können die UdSSR und Russland als zwei Typen einer gefährlichen Erkrankung des sozialen Körpers betrachtet werden. Die UdSSR kann mit den Pocken verglichen werden, einer fürchterlichen und ansteckenden Erkrankung, die in der Vergangenheit ganze Völker getroffen hat (so sehr, dass sich nicht mit Pocken anzustecken, eine Seltenheit war) und in einem hohen Maße tödlich verlief; allerdings hat man schon vor langer Zeit eine Medizin gegen sie gefunden und sie ist jetzt durch Impfungen praktisch ausgerottet. Das heutige Russland ähnelt sehr viel mehr einer anderen ansteckenden Krankheit, nämlich der Cholera mit ihrer ›fäkal-oralen Ansteckungsart‹, ›wasserartigem Durchfall‹ etc.

Obwohl die Cholera noch Anfang des 20. Jahrhunderts Hunderttausende Menschen dahinraffte, ist sie heute nicht besonders verbreitet, doch gibt es bis heute vereinzelte Ausbrüche (auch mit Todesfolge), in der Regel dort, wo die Erkrankten nicht isoliert werden und das Umfeld die Hygienevorschriften nicht beachtet. Deshalb ist die Cholera doch gefährlicher als die Pocken, umso mehr, weil der Impfstoff gegen Cholera (im Gegensatz zu dem gegen Pest) kurzfristig wirkt. Insofern scheint Inosemzew der Wahrheit näher zu kommen als Awen...«

Wladimir Gelman auf Livejournal, 12. Juli 2015, <<http://grey-dolphin.livejournal.com/770356.html>>

Ochlobystin: »Russischer Totalitarismus«

»In letzter Zeit begegne ich in öffentlichen Diskussionen immer wieder dem Begriff ›Totalitarismus‹. Meist wird der Begriff natürlich im negativen Sinne verwendet; als Beispiel.....werden in der [russischen] ›Wikipedia‹ die Sowjetunion, das faschistische Deutschland, die Roten Khmer, die menschenverachtenden Regime Afrikas und das Moskauer Zarenreich genannt. Letzteres hat mich dazu gebracht, mir den Begriff genauer anzuschauen, denn das Moskauer Zarenreich ruft bei mir trotz aller Widersprüche seiner langwährenden Existenz nichts als Sympathie hervor. [...]

Wenn ich die Bedeutung des Begriffes ›Totalitarismus‹ weiter analysiere, stoße ich unweigerlich auf die unverrückbare Triade einer idealen russischen Gesellschaftsordnung: ›*Sobornost*, ›*Derschawnost* und ›*Samoderschawije*‹. Unter ›*Sobornost*‹ ist die geistig-spirituelle Natur eines jeglichen gesellschaftlichen Zusammenschlusses zu verstehen, unter ›*Derschawnost*‹ die Verantwortung aller für jeden und eines jeden für alle, unter ›*Samoderschawije*‹ die Macht des von Gott Gesalbten. Wahrscheinlich hat eben dies die Redakteure der Enzyklopädie dazu motiviert, das Moskauer Zarenreich unwillkürlich, oder vielleicht auch in böser Absicht, den totalitären Regimen zuzuordnen.

Was entsteht am Ende aus meinem analytischen Puzzle? Das Ergebnis ist eigentlich gar nicht so schwierig: Ich muss mich wegen meiner Sympathien zum Totalitarismus – zum russischen Totalitarismus, der für die meisten Völker unbegreiflich ist, zu dieser Haltung der Bürger, dem oft undankbaren, grausamen, aber eben dem einzigen Vaterland sklavisch zu dienen – nicht schämen. Man muss sich nicht dafür schämen, im Bewusstsein der Teilhabe an diesem Wunder Gottes auf Erden zu leben und zu sterben, einem Wunder, das sich nicht nur in einem grenzlosen Raum, sondern auch in den unendlich tiefen Quellen der Herzen seiner Menschen ausdrückt.

Und [man muss] nicht nach einem größeren Glück suchen, weil es eben kein größeres Glück gibt. Ganz wie es kein leidenschaftlicheres Spiel gibt, als ›russisches Roulette‹ [...]

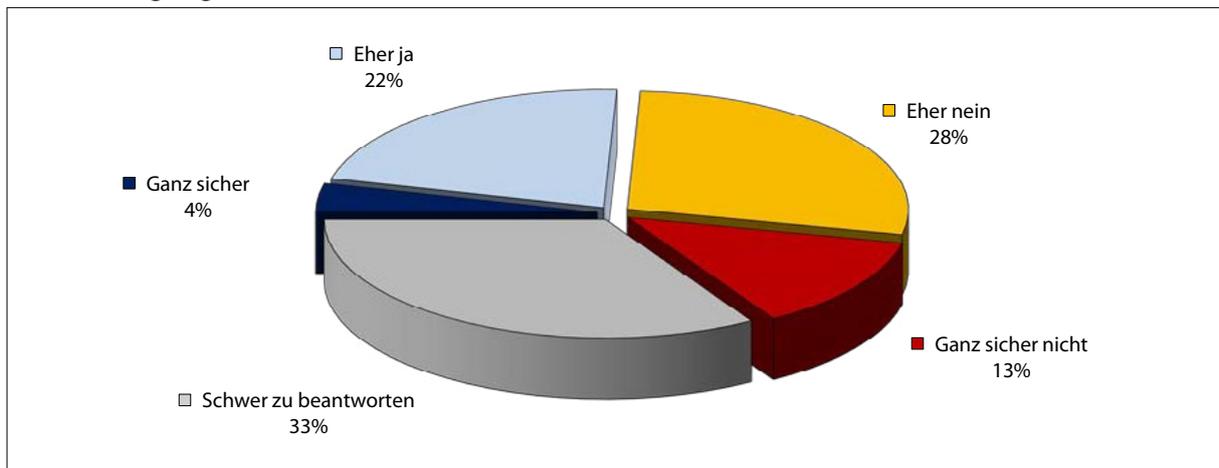
Iwan Ochlobystin auf Ridus.ru, 27. März 2015, <<http://www.ridus.ru/news/181670>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

UMFRAGE

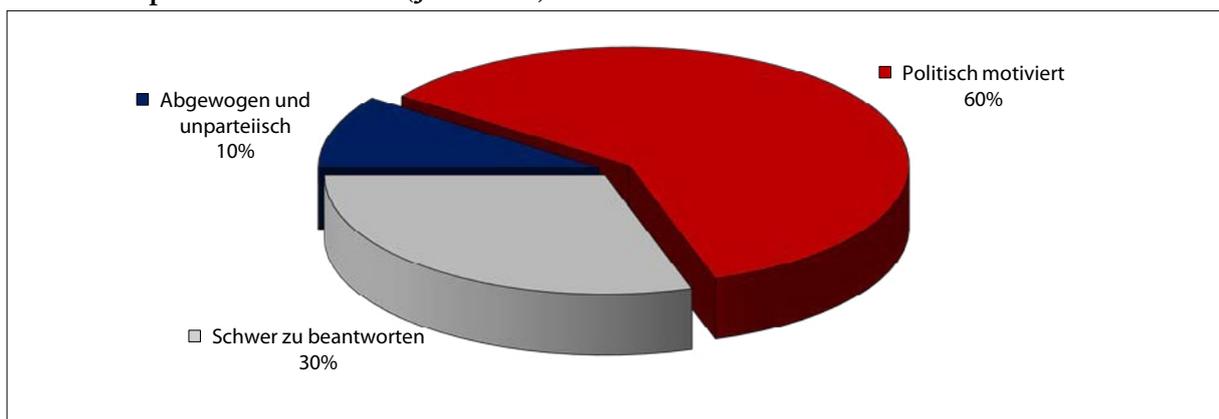
Russische Meinungen zu Entschädigungszahlungen an ehemalige Jukos-Aktionäre

Grafik 11: Was denken Sie, sollte Russland der Entscheidung des Schiedsgerichtes in Den Haag Folge leisten und den ehemaligen Jukos-Aktionären 50 Millionen Dollar Entschädigung zahlen? (Juni 2015)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 800 <<http://www.levada.ru/print/25-06-2015/delo-yukosa>>, 26. Juni 2015

Grafik 12: Was denken Sie, ist die Entscheidung des Schiedsgerichtes in Den Haag über die Entschädigungszahlung eine abgewogene und unparteiische Entscheidung oder ist sie politisch motiviert? (Juni 2015)

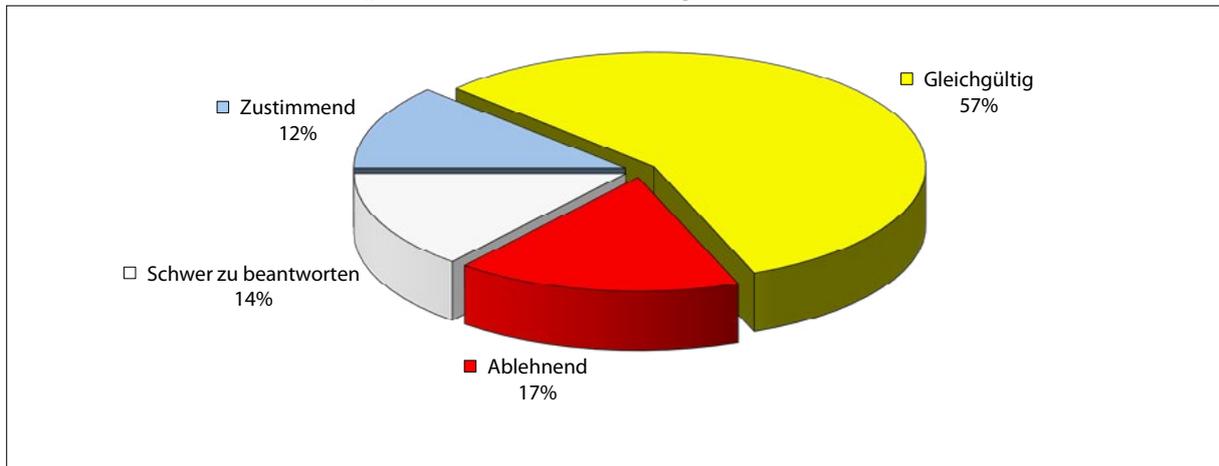


Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 800 <<http://www.levada.ru/print/25-06-2015/delo-yukosa>>, 26. Juni 2015

UMFRAGE

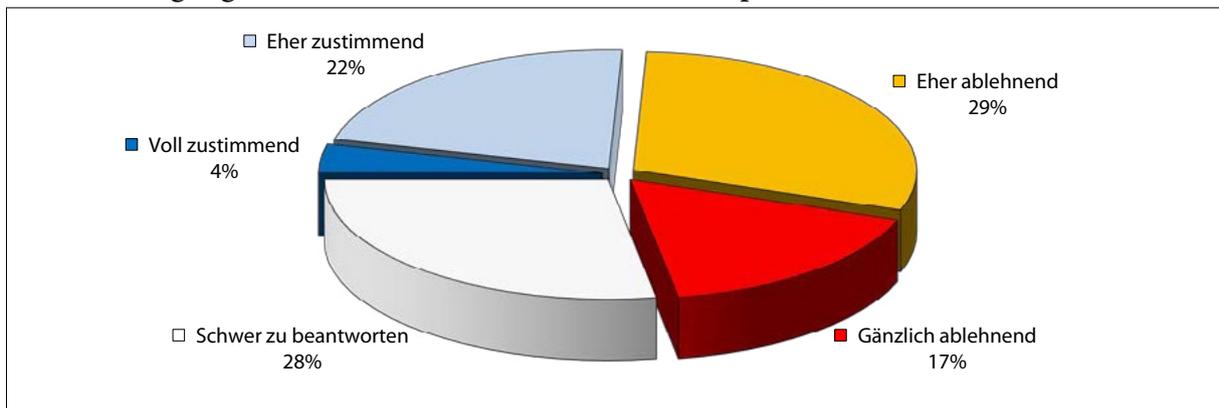
Die Sonntagsfrage

Grafik 13: Wie verhalten Sie sich zu der Entscheidung, die bevorstehenden Duma-Wahlen von Dezember auf September 2016 vorzuverlegen?



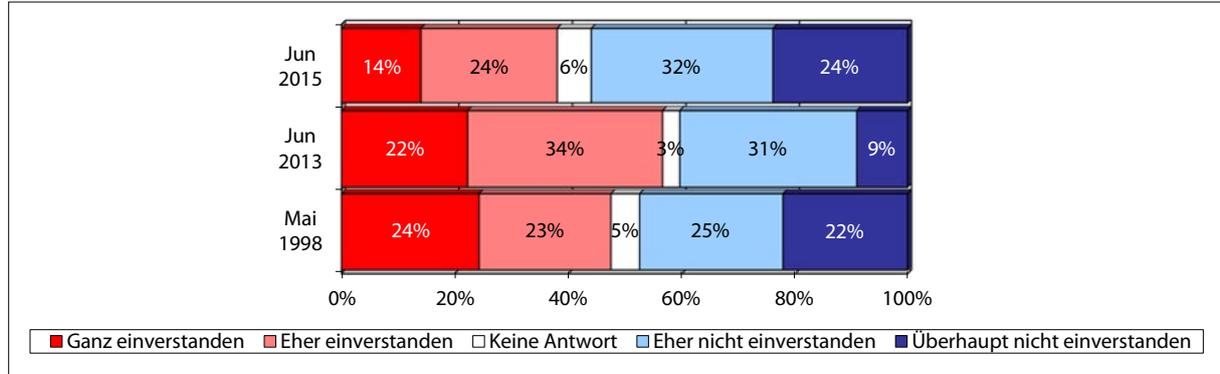
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/24-06-2015/vybory-gotovost-golosovat-perenos-elektoralnye-predpochteniya>>, 26. Juni 2015

Grafik 14: Wie verhalten Sie sich zum Vorschlag vorgezogener Präsidentschaftswahlen (Vorverlegung von März 2018 auf einen früheren Zeitpunkt)?



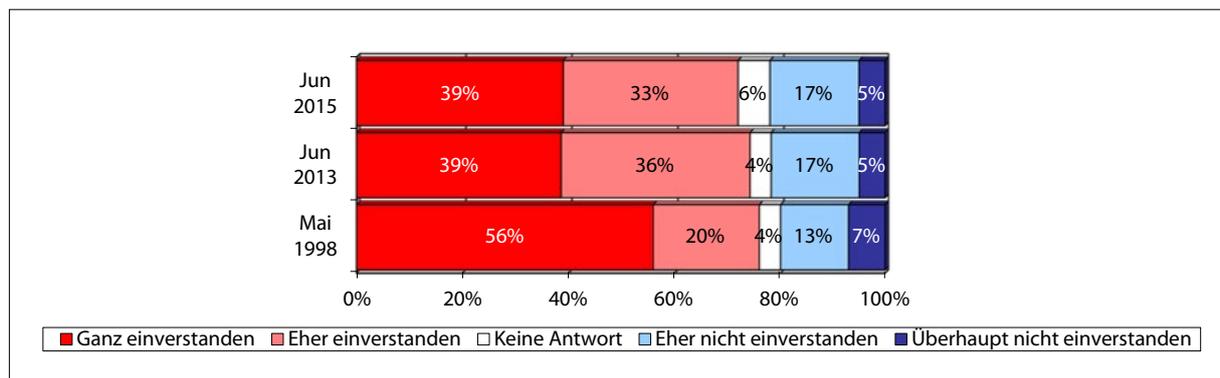
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/24-06-2015/vybory-gotovost-golosovat-perenos-elektoralnye-predpochteniya>>, 26. Juni 2015

Grafik 15: Wie bewerten Sie die Aussage »Ganz egal, für wen man stimmt, davon ändert sich nichts«?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/24-06-2015/vybory-gotovost-golosovat-perenos-elektoralnye-predpochteniya>>, 26. Juni 2015

Grafik 16: Wie bewerten Sie die Aussage »Russland braucht einen starken Führer, der für Ordnung sorgt, selbst wenn er zeitweise die Wahlen abschafft und die Meinungsfreiheit einschränkt«?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–22. Juni 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/24-06-2015/vybory-gotovost-golosovat-perenos-elektoralnye-predpochteniya>>, 26. Juni 2015

NOTIZEN AUS MOSKAU

Raus aus der Sackgasse?

Jens Siegert, Moskau

Die beiden Minsker Vereinbarungen vom September 2014 und vom Februar 2015 haben den Krieg in der Ostukraine etwas eingedämmt. Aber trotzdem sterben im Donbass weiter täglich Menschen, wenn auch – schwacher Trost! – weniger als noch vor einem Jahr. Kaum eine der Vereinbarungen wurde bisher umgesetzt. Der Konflikt ist nicht einmal »eingefroren«, geschweige denn seither einer »politischen Regulierung« auch nur

ein kleinstes Stückchen näher gekommen. Das ist kein Zufall, sondern liegt an den Vereinbarungen selbst.

Die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen wurden wesentlich durch Russland bestimmt. Russland hatte (und hat) die vielbeschworene »Eskalationsdominanz«. Man kann »Minsk« nicht zuletzt deshalb wohl durchaus einen »Sieg Putins« nennen. Allerdings könnte sich dieser Sieg als Pyrrhus-Sieg erweisen, denn er hat zweierlei zur

Folge: Auf der einen Seite sind in Russland die Erwartungen in Richtung einer Autonomie des Donbass oder gar einer Sezession nun so hoch, dass Putin, wenn überhaupt, dann nur unter enormen, vielleicht zu hohen politischen Kosten hinter diesen Erwartungen zurückbleiben könnte. Auf der anderen Seite ist es aber kaum vorstellbar, dass es Poroschenko, selbst wenn er wollte, gelingen kann, eine Autonomiereglung in die ukrainische Verfassung aufnehmen zu lassen, die den Wünschen und Erwartungen in den »Volksrepubliken« (und in Russland) entspricht.

Nun könnte man aber auch argumentieren, Russland habe damit erreicht, was es (zumindest vorerst) wollte: Zum einen lenkt der (simmernde) Krieg im Donbass in ausreichendem Maße von der Krimannexion ab, dass von ihr kaum noch die Rede ist (geschweige denn von der völkerrechtlich zwingenden Rückkehr der Krim zur Ukraine). Zum anderen hegt die Minsker Vereinbarung den Krieg immerhin soweit ein, dass man ihn durchaus als »eingefroren« bezeichnen könnte. Hinzu kommt, dass ein »Einfrieren«, wie es scheint, und trotz aller anderslautenden Statements, auch den gegenwärtigen Interessen der USA entgegen kommt. So jedenfalls habe ich, und haben wohl auch andere den Besuch von US-Außenminister Kerry Mitte Mai bei Putin in Sotschi verstanden. Das letzte, was die Obama-Administration momentan gebrauchen kann, ist eine Eskalation des Kriegs in der Ostukraine. Die USA brauchen zumindest russische Zurückhaltung, wenn nicht aktive Unterstützung bei den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm; und auch bei der Bekämpfung des »Islamischen Staates« wollen sie die Zusammenarbeit.

Doch ich greife vor und muss zunächst etwas grundsätzlicher werden. Prinzipiell gibt es für den Kreml (immer noch) drei Auswege aus der ukrainischen Sackgasse. Eskalation, Kompromiss oder Zurückweichen. Und es liegt (Eskalationsdominanz!) ganz in der Hand Putins, zu wählen. Dazu ein kurzer zeitlicher Rückgriff.

Schon im März 2014, so wird in Moskau erzählt (wobei unklar bleibt, ob vor oder nach der Krimannexion), soll der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin (und wohl nicht nur er, sondern auch der Wirtschaftsblock in der Regierung) Präsident Putin davor gewarnt haben, dass die Kosten einer Konfrontation mit dem Westen sehr hoch, vielleicht zu hoch sein würden. Die russische Wirtschaft werde nicht standhalten und damit würden nicht nur alle Modernisierungspläne hinfällig, sondern auch die Konfrontation nicht durchhaltbar. Putin soll diesen Erzählungen zufolge sinngemäß entgegnet haben, schlimmer als in der Wirtschaftskrise 2008/2009 werde es schon nicht werden, und die habe man, vor allem machttechnisch gesehen, doch sehr gut überstanden. Umso mehr werde es mit der Die-Krim-ist-unser-Euphorie im Rücken auch diesmal wieder klapp-

pen. Putins Logik, so wird (für mich durchaus glaubhaft) immer wieder erzählt, sei in diesen Dingen ganz einfach: Beim Volk erfolgreich – also richtig!

Seit Februar dieses Jahres (etwa seit Minsk-2 vereinbart wurde und sicher nicht ohne Zusammenhang) beherrscht die Frage, ob die Talsohle der Wirtschaftskrise durchschritten sei (das sagen Präsident, Regierung und Zentralbank) oder ob das Schlimmste erst noch bevorstehe (das sagen viele Wirtschaftsexperten und, natürlich, die Opposition), die öffentliche Diskussion in Russland. Sollte ersteres der Fall sein, hätte Putin Recht behalten, bei letzterem Kudrin.

Zurück zu den drei grundsätzlichen Optionen Putins. Als erstes das Zurückweichen. Das wäre wohl, angesichts der propagandistisch angefachten Erwartungen im Land (auch wenn es scheint, als sei da in den vergangenen Wochen ein halber Gang zurück geschaltet worden), politischer Selbstmord und gilt schon deshalb als ausgeschlossen. Eine weitere Eskalation des Konflikts würde zwar (wegen verschärfter, wohl vor allem den Finanzmarkt treffender Sanktionen) ein hohes wirtschaftliches Risiko bergen, wäre aber im Lande sicher populär. Als Option des Kremls sollte man sie nicht nur deshalb nie abschreiben, denn die Drohung mit einer Eskalation bleibt weiter ein hervorragendes Druckmittel sowohl dem Westen, als auch der Ukraine gegenüber. Außerdem hat jede Eskalation bisher der Konsolidierung im Inneren gedient. Die Versuchung, das bei den kleinsten Anzeichen von Unzufriedenheit im Land zu wiederholen, dürfte sehr groß sein. Trotzdem scheinen mir die Zeichen aber seit einiger Zeit auf »Kompromiss« zu stehen. Die Anführungszeichen benutze ich bewusst, da mir genau das, ein wirklicher Kompromiss, also eine Lösung, die allen Seiten Abstriche abverlangt, momentan, so ungern ich das schreibe, kaum möglich erscheint.

Warum glaube ich dann, dass die Zeiten (auf russischer Seite) auf »Kompromiss« stehen? Was ist damit gemeint? Seit einigen Monaten gibt es zahlreiche öffentliche Äußerungen, auch in den vom Kreml kontrollierten Medien oder von Offiziellen eher nachgeordneter Bedeutung (dazu gehören z. B. Parlamentsabgeordnete), die zu einem »Dialog« (zwischen dem »Westen« und Russland) über etwas auffordern, das man einen neuen »Modus Vivendi« nennen könnte. Hinzu kommen eine ganze Reihe von Initiativen (nicht von offizieller Seite, sondern von Leuten, die nach innerrussischer Sprachregelung zu den »Liberalen« gehören), die Ähnliches vorschlagen. Dabei ist es sehr schwer zu sagen, wie ernsthaft Erstere zu nehmen sind, und wie unabhängig Letztere handeln.

Die Argumentationen sind bei beiden Gruppen aber ähnlich (was erst einmal in Bezug auf die dahinter stehende Motivation nichts heißen muss) und sind etwa so zu lesen: Die Ukraine sei am Boden und ein

(Teil-)Default dort unausweichlich. Daran habe aber weder Russland noch der Westen/die EU ein Interesse, weil das alle (wenn auch natürlich in erster Linie die Ukraine und die Ukrainer selbst) teuer zu stehen kommen werde (direkte wirtschaftliche Verluste, Millionen Flüchtlinge/Migranten, humanitäre Katastrophe). Verhindern könne den wirtschaftlichen (Teil-)Zusammenbruch der Ukraine weder der Westen/die EU allein, noch Russland allein. Die USA seien dazu nicht willens, die EU nicht in der Lage. Schließlich sei dort schon die »Rettung« von EU-Mitglied Griechenland umstritten. Noch mehr Milliarden dem viereinhalb Mal größeren Nicht-EU-Mitglied Ukraine zu geben, sei in der EU schwerlich politisch durchsetzbar. Russland könnte diesen Überlegungen zufolge zwar durch die Öffnung seines Marktes und die Erlassung von Schulden viel zur Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft (und damit des Landes insgesamt) beitragen, aber die gegenwärtige politische Führung werde und könne das unter dem Sanktionsregime nicht tun. Notwendig zur Stabilisierung der Ukraine sei also eine Art gemeinsamer »Marshallplan«, der wiederum die Aufhebung zumindest eines Teiles der Finanzmarktsanktionen voraussetze.

Die »Liberalen« fügen meist noch zwei weitere Argumente an: Erstens bestehe die reale Gefahr, dass aus der Konfrontation und dem Krieg im Donbass, ohne dass eine der Seiten das anstrebe, ein »großer Krieg« entstehe. Die Gefahr sei heute größer denn je nach dem Zweiten Weltkrieg. Zweitens gleite Russland unter den gegenwärtigen Bedingungen der Konfrontation mit dem Westen immer weiter in Richtung »Faschisierung« (ein in letzter Zeit immer öfter gehörtes Wort!) der russischen Gesellschaft ab. Ohne eine »Entspannung« gebe es innerhalb des Landes kaum eine Chance, dem etwas entgegen zu setzen. Diese Meinung werde, so wird von vielen Gesprächspartnern versichert, bis in hohe Regierungskreise hinein geteilt.

Auf die (deutlich als hypothetisch markierte) Frage, ob denn Putin zu so einem »Kompromiss« überhaupt bereit sei, kommt meist die Antwort: »momentan« eher nicht. Aber ohne eine Mischung aus Druck und – noch wichtiger – einem Angebot, das es ihm erlaube, »das Gesicht zu wahren«, werde sich das auch nicht ändern. Als »gesichtswahrend« gilt, was Putin in Russland als »Sieg« über den Westen verkaufen kann.

Die Dringlichkeit eines Kompromisses wird mitunter auch durch folgende kleine Erzählung unterstrichen: Die »Liberalen« (in Regierung, im Kreml, Kudrin) hätten zu Putin gesagt, er habe mit der Krim-Annexion die Ukraine als Ganzes für Russland verloren. Nationalisten, Hardliner und Leute aus dem Sicherheitsapparat hingegen würden sagen, es sei ein Fehler gewesen, nach der Krim nicht gleich auch die ganze Ukraine einzunehmen. Diesen »Fehler« müsse man beheben.

Falls sich bis hierher jemand gefragt haben sollte, warum die Krim kaum vorkommt – am Anfang aller Gespräche steht die Feststellung, dass über die Krim gar nicht erst geredet zu werden brauche. Das sei für Putin (gestützt durch mehr als 90 Prozent Zustimmung in Umfragen) nicht verhandelbar. Die zumindest vorläufige Akzeptanz, dass die Krim nun Teil Russlands ist, wird damit zur stillschweigenden Voraussetzung jeder »Verständigung« über die Ostukraine – was sie wiederum gegenwärtig kaum denkbar macht. Eine echte Sackgasse also.

Alle Gesprächspartner wissen das selbstverständlich: Unter diesen Bedingungen ist ein wie auch immer garteter »Kompromiss« mit dem Westen/der EU momentan unmöglich, ganz zu schweigen von einem mit der Ukraine. Aus den erwähnten Initiativen spricht deshalb wohl vor allem zweierlei. Auf der einen Seite die Angst, in der russischen Gesellschaft (und umso mehr in der Politik) auch noch den allerletzten Einfluss zu verlieren, sollte der gegenwärtige Konfrontationskurs fortgesetzt oder gar noch verstärkt werden. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht ausgeschlossen, dass es sich, zumindest bei einigen Initiativen um Versuchsballons aus dem Kremlumfeld handelt, um eine gewisse Konfrontationsmüdigkeit im Westen, vor allem in der EU (und darin in Deutschland) auszutesten.

Das hier gezeichnete Bild ist sicher nur eine Momentaufnahme. Allerdings zieht sich der Moment schon eine kleine Weile hin. Es zeigt vor allem, wie hilf- und auch hoffnungslos gegenwärtig all diejenigen in Russland sind, die sich nicht der allgemeinen Hysterie des heldenhaften russischen Volkes hingeben, das in einer von Feinden umzingelten Festung lebt, sich nun aber stolz die Krim zurückgeholt und es damit allen (also dem Westen) gezeigt hat und weiter zeigen wird. Diese Hilfs- und Hoffnungslosigkeit reicht bis tief in die staatlichen Strukturen hinein, jedenfalls bis in jenen Teil, dem die wirtschaftliche Zukunft des Landes mehr am Herzen liegt als eine imaginierte historische Größe und verletzter, wiederherzustellender Stolz.

Das Bild zeigt aber auch, dass diejenigen, die das alles angerichtet haben, momentan ebenfalls nicht so recht weiter zu wissen scheinen. Womit ich wieder bei der These vom Pyrrhus-Sieg der Minsker Vereinbarungen wäre. Putin und seine engste Umgebung haben sich und das Land (egal ob nun wissentlich, willentlich oder eher als unerwünschten Nebeneffekt) in eine Situation gebracht, in der der Weg zurück unmöglich scheint, der Weg nach vorn aber voller Gefahren und Schrecken ist. Das sollte uns alle ziemlich beunruhigen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

2. – 16. Juli 2015

02.07.15	Als Entschädigung für die nicht erfolgte Auslieferung von zwei Hubschrauberträgern, die vertraglich vereinbart worden war, einigen sich die russische und die französische Regierung vorläufig auf eine Schadensersatzsumme zwischen 780.000 und 1,1 Millionen Euro.
02.07.15	Meteorologen zufolge muss in 27 Regionen Russlands aufgrund der erhöhten Waldbrandgefahr die Sicherheitsstufe »rot« ausgerufen werden. Die schlimmsten Prognosen gelten für den Sibirischen Föderalbezirk und den Föderalbezirk Wolga.
02.07.15	Der Gesellschaftsrat des Innenministeriums führt eine Anhörung zu der geplanten Novellierung des Polizeigesetzes durch. Die Gesetzesnovelle sieht unter anderem vor, dass es Polizeikräften zukünftig erlaubt sein soll, das Feuer auch an belebten Orten zu eröffnen um mögliche Terroranschläge abzuwehren. Menschenrechtler protestieren gegen die geplanten Änderungen.
02.07.15	Im Zusammenhang mit der Gründung spezieller »Territorien beschleunigter Entwicklung« (russ.: »TOR«) wird nach Angaben des Ministers für die Entwicklung des Fernen Ostens, Alexander Galuschka, eine Aktiengesellschaft gegründet, die die Entwicklung dieser Sonderregionen koordinieren und Investoren anwerben soll. Die Aktienanteile bleiben zu 100 % beim Staat.
02.07.15	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte lässt 447 Beschwerden von Opfern des Geiseldramas in Beslan im Jahr 2004 zu. Die Kläger erheben schwere Vorwürfe gegen die damaligen Einsatzkräfte. Das russische Justizministerium erkennt in der vorläufigen Entscheidung des Gerichts keinen Hinweis zu Verletzungen der Menschenrechtskonvention durch russische staatliche Strukturen.
03.07.15	Sitzung des erweiterten russischen Sicherheitsrates. Hauptthema der Sitzung sind Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Sicherheit angesichts internationaler Sanktionen.
03.– 05.07.15	Nach einer Pannenserie russischer und amerikanischer Raumfrachter startet in Baikonur der unbemannte russische Raumfrachter Progress erfolgreich und dockt zwei Tage später an der internationalen Raumstation ISS an. Er bringt zweieinhalb Tonnen seit langem benötigten Nachschubs für die ISS.
03.07.15	Zwei Verurteilte im »Bolotnaja-Fall«, Alexej Gaskarow und Andrej Barabanow, reichen Beschwerde beim russischen Verfassungsgericht ein. Ihre Anwälte kritisieren, dass sie zweimal wegen der gleichen Straftat angeklagt wurden. Gaskarow und Barabanow hatten Strafen in Höhe von drei und dreieinhalb Jahren Lagerhaft erhalten.
03.07.15	Nach Angaben des georgischen Justizministeriums wird im Namen von einigen Tausend Georgiern, die im Herbst 2006 aus Russland ausgewiesen wurden, Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingeleitet. Die georgische Seite fordert von Russland Entschädigungszahlungen in Höhe von 70 Millionen Euro. Die Deportation der Georgiern, zumeist Arbeitsmigranten, war 2006 vor dem Hintergrund der politischen Spannungen zwischen den beiden Staaten erfolgt.
04.07.15	In der Ortschaft Choreschewo (Gebiet Twer) wird ein Stalin-Museum eröffnet. Auf Initiative der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft soll die Ausstellung vor allem die Kämpfe an der Kalinin-Front sowie die Reise Stalins an die Front dokumentieren. Der Vorsitzende des Menschenrechtsrats beim Präsident, Michail Fedotow, kritisiert das Museumsprojekt.
04.07.15	Im Rahmen einer Anti-Terror-Operation in Dagestan werden zwei mutmaßliche Kämpfer von Spezialeinheiten getötet. Auch ein Angehöriger der Inlandsstreitkräfte kommt ums Leben. Im Versteck der Aufständischen werden Waffen, Munition und Sprengmaterial beschlagnahmt.
05.– 06.07.15	Auf dem Parteikongress der Partei »RPR-PARNAS« wird Michail Kasjanow zum alleinigen Vorsitzenden gewählt. Die bisherige Dreierspitze bestand aus Wladimir Ryshkow (trat im Februar 2014 zurück), Boris Nemzow (am 27.02.2015 erschossen) und Michail Kasjanow. Ferner wird der Name der Partei geändert. Der erste Teil (RPR) fällt künftig weg.
05.– 09.07.15	In Helsinki findet die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ohne die Delegation Russlands statt. Lediglich ein Delegierter, Nikolaj Kowaljow, reist für einen Tag nach Helsinki um das Dialogfenster aufrecht zu erhalten. Finnische Menschenrechtler fordern eine Untersuchung der Rechtmäßigkeit der zurückgewiesenen Einreiseanträge russischer Delegationsmitglieder, da im Sanktionsregime der EU klar formuliert sei, dass das Einreiseverbot nicht für Treffen im Rahmen der OSZE oder Treffen zur Lösung der Ukraine-Krise gelte. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ilkka Kanerva, kündigt ebenfalls an, sich bei der EU um Änderungen des Sanktionsregimes im Sinne der russischen Delegationsteilnehmer zu bemühen.
06.07.15	Die russische Gesellschaftskammer richtet eine Hotline für Bürger ein, die Fragen zu oder Probleme mit Anwerbeversuchen durch Vertreter der Terrormiliz »Islamischer Staat« haben. Andere telefonische Beratungsangebote, z. B. der russischen psychologischen Sozialdienste und des FSB hatten eine erhöhte Anzahl an Anfragen im Zusammenhang mit dem IS registriert.

06.07.15	Präsident Wladimir Putin telefoniert mit dem griechischen Ministerpräsident Alexis Tsipras. Themen sind der Ausgang des griechischen Referendums, die Bedingungen für weitere Hilfskredite sowie die Perspektiven der griechisch-russischen Zusammenarbeit.
07.07.15	Bei führenden Persönlichkeiten der russischen Bewegung für Wählerrechte »Golos« finden Hausdurchsuchungen statt. Die Durchsuchungen werden von Mitarbeitern der Innenbehörden in Samara durchgeführt und stehen angeblich in Zusammenhang mit einem Steuerdelikt der regionalen Gliederung von Golos im Föderalbezirk Wolga.
07.07.15	Im Swerdlowsker Gebiet kommt es in einem Gefangenenlager wiederholt zu Hungerstreiks, an denen über 400 Häftlinge teilnehmen. Dies geschieht als Reaktion auf den Tod eines Mithäftlings, der sich trotz schlechten Gesundheitszustands unter Strafarrest befunden haben soll. Die Häftlinge fordern, dass die für den Tod des Häftlings Verantwortlichen bestraft werden.
07.07.15	Präsident Wladimir Putin führt im Kontext des griechischen Referendums Telefongespräche mit der Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, sowie dem französischen Staatspräsidenten François Hollande. Es geht um das weitere Vorgehen in der Griechenland-Krise, die Vergabe weiterer internationaler Kredite an das Land und die langfristige Entwicklung der Eurozone.
07.07.15	Nach Angaben des russischen Finanzministers Anton Siluanow werde der Kapitalabfluss aus Russland 2015 bei 70–80 Milliarden US Dollar liegen. Der Zufluss hat sich im Vorjahr auf 21 Milliarden US Dollar halbiert. Damit sei Russland aus der Spitzengruppe der zehn weltweit attraktivsten Märkte ausgeschieden.
07.07.15	Der Stiftungsrat von »Dinastija« (Stiftung zur Förderung von Bildung und Wissenschaft in Russland) beschließt die Auflösung der Organisation. »Dinastija« war in das Register »ausländischer Agenten« beim russischen Justizministerium eingetragen worden.
08.07.15	Eine Sonderkommission der russischen Regierung stellt eine Strategie für die russische Präsenz auf Spitzbergen bis 2020 vor. Eine Reihe von Maßnahmen soll gewährleisten, dass Russland auf dem Archipel seine Rechte und Interessen durchsetzen kann. Die Strategie ist Teil des Projekts zur Entwicklung der Arktis.
08.07.15	Der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation »Komitee gegen Folter«, Igor Kaljapin, kündigt an, dass sich die Organisation aufgrund ihrer Registrierung als »ausländischer Agent« in Kürze auflösen wird.
08.07.15	Medienberichten zufolge wird keine russische Delegation am diesjährigen Treffen der Interparlamentarischen Union im August in New York teilnehmen. Parlamentspräsident Sergej Naryschkin ließ bereits erklären, dass er keine Teilnahme plane.
08.07.15	Nach Angaben des ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk reicht die ukrainische Staatsbank »Oschadbank« eine Klage über Schadensersatzzahlungen in Höhe von 15 Milliarden Griwna (ca. 614 Millionen Euro) aufgrund der Annexion der Krim durch Russland ein. Jazenjuk ruft weitere ukrainische Unternehmen, die Verluste zu verzeichnen hatten, dazu auf, diesem Beispiel zu folgen und Russland vor russischen sowie internationalen Gerichten zu verklagen.
08.07.15	Die russische Führung einigt sich im Zuge einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EGMR) für Menschenrechte mit fünf ehemaligen Häftlingen auf eine Entschädigungszahlung von 26.000 Euro. Die Häftlinge hatten aufgrund von Folter und unmenschlichen Haftbedingungen Beschwerde beim EGMR eingelegt.
08.07.15	Russland legt im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen eine von Großbritannien eingebrachten Resolution ein, die das Massaker an muslimischen Bosniaken von Srebrenica als Völkermord bezeichnet. China Enthält sich. Der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Witalij Tschurkin, begründet die russische Position damit, dass die serbischen Opfer in der Resolution nicht hinreichend erwähnt würden.
08.– 09.07.15	In Ufa, der Hauptstadt Baschkortostans, findet ein Gipfel der »Shanghai Cooperation Organisation« (SCO) statt. Die SCO trifft sich zunächst im engen Kreis der Mitglieder und dann erweitert um die Länder mit Beobachterstatus. Es geht vornehmlich um die geplante Erweiterung der Organisation. Des Weiteren wird über sicherheitspolitische Fragen und die Zusammenarbeit im Energiebereich gesprochen.
09.07.15	Die Gazprom-Tochterfirma »South Stream Transport« kündigt den Vertrag mit dem italienischen Unternehmen Saipem über den Bau des ersten Teilschnitts der Gaspipeline »Turkish Stream«. Grund seien Unstimmigkeiten über Arbeitsabläufe und die Geschäftsbedingungen. Das russische Unternehmen kündigt an, möglichst bald Verhandlungen mit neuen potenziellen Auftragnehmern zu beginnen.
09.07.15	Nach Angaben des russischen Innenministeriums wurden in Russland im ersten Halbjahr 2015 1,13 Millionen Straftaten registriert, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 4,3 Prozent bedeutet. Die Zahl der Gewaltverbrechen sei allerdings zurückgegangen.

10.– 12.07.15	In Ufa findet nur einen Tag nach dem SCO-Gipfel der 7. Gipfel der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) statt. Es geht vor allem um Investitionen in große Infrastrukturprojekte, die von der BRICS-Bank finanziert werden sollen. Es werden zahlreiche Abkommen unterzeichnet, die u. a. die Arbeit der Entwicklungsbank des Bündnisses und den Pool von Währungsreserven betreffen. Präsident Wladimir Putin trifft am Rande des Doppelgipfels zahlreiche Staats- und Regierungschefs zu bilateralen Gesprächen, darunter den Staatspräsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, zusammen mit dem mongolischen Staatspräsidenten Tschiagiin Elbegdorsch (mit Beobachterstatus bei der SCO), den Ministerpräsidenten Indiens Narendra Modi (derzeit noch mit Beobachterstatus bei der SCO), die Staatspräsidentin Brasiliens Dilma Rousseff, den iranischen Staatspräsidenten Hassan Rohani (Beobachterstatus bei der SCO), den Ministerpräsidenten Pakistans Nawaz Sharif und den Staatspräsidenten Afghanistans Aschraf Ghanie (beide Beobachter) sowie den Staatspräsidenten Kasachstans Nursultan Nursarabajew, der im Vorfeld mit dem Aleksandr Newskij Orden für besondere Verdienste ausgezeichnet wurde.
11.07.15	Vom Truppenübungsplatz Kadamowskij nahe der ukrainischen Grenze wird berichtet, dass eine Reihe von Zeitsoldaten desertiert sei. Ihnen droht eine Verurteilung wegen »eigenmächtigem Verlassen ihrer Einheit« oder Fahnenflucht, was mit Haftstrafen von bis zu zehn Jahren bestraft wird. Nach Angaben der Soldaten und ihrer Familien waren sie von Anwerbern ohne Hoheitszeichen bedrängt worden, sich als freiwillige Kämpfer für den Donbass zu melden.
11.07.15	Die Führung der Partei PARNAS teilt mit, dass in Moskau Wahlkampfmaterial der Partei von Polizeibeamten beschlagnahmt wurde. Das Vorgehen wurde mit Extremismusverdacht begründet. Das Wahlkampfmaterial war für die Wahlen zur Regionalduma im Gebiet Kaluga sowie Wahlen zum Stadtrat in Kaluga bestimmt, an denen PARNAS teilnehmen möchte.
11.07.15	Nach Angaben des russischen Außenministeriums führen Russland und Honduras eine gegenseitige Visafreiheit ein. Staatsangehörige beider Staaten können sich fortan bis zu 90 Tagen visafrei im jeweils anderen Staat aufhalten.
11.07.15	In einem internen Papier plädiert das Finanzministerium dafür, die Höhe der russischen Verteidigungsausgaben zu überdenken. In dem Bericht heißt es, dass die durchschnittlichen Ausgaben des Wehretats in den BRICS-Staaten zwischen 1 % und 2 % des BIP liegen, in Russland hingegen derzeit bei 4 %.
12.07.15	Georgien beschuldigt Russland, in der Region Zchinvali die Grenze in georgisches Territorium hinein (die Dörfer Zitelubani, Churwaleti und Ortschosani) zu verschieben. Nach Angaben des georgischen Innenministeriums hätten russische Soldaten nahe der Autobahn Tbilisi–Gori entsprechende Grenzmarkierungen angebracht.
12.07.15	Beim Einsturz eines Kasernengebäudes im Ausbildungszentrum für Luftlandetruppen in Omsk kommen 23 Soldaten ums Leben. Als Ursache werden Konstruktionsmängel im Gebäudedach vermutet.
13.07.15	Ein Sprecher des Föderationsrates teilt mit, dass die sogenannte »patriotische Stop-Liste« durch weitere Nichtregierungsorganisationen im Nord-Kaukasus ergänzt wird. Es gehe dabei besonders um Organisationen, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt im religiösen Bereich haben.
13.07.15	Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) prognostiziert in einem Bericht einen Rückgang des russischen BIPs um 2,8 % im Jahr 2015; für das kommende Jahr geht sie hingegen von einem Wachstum des BIP um 0,9 % aus. Die russische Erdölfördermenge werde 2015 den OPEC-Prognosen zufolge von 10 auf 10,68 Barrel pro Tag steigen.
13.07.15	Präsident Wladimir Putin verfügt eine Kürzung beim Personal des Innenministeriums um 10%. Demzufolge würden im Ministerium und den nachgeordneten Strukturen und Behörden etwas über eine Million Personen ihre Arbeit verlieren.
13.07.15	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz zur Gründung der Staatskorporation »Roskosmos«. Die neue Korporation wird auf Grundlage der »Föderalen Weltraumagentur« und der »Vereinigten Raketten- und Weltraumkorporation« (russ.: ORKK) geschaffen.
13.07.15	Nach Angaben der stellvertretenden Ministerpräsidentin, Olga Golodez, ist die Zahl der Armen in Russland auf 22 Millionen angestiegen. Eine Reihe von Programmen zur Armutsbekämpfung werde derzeit umgesetzt. Insbesondere solle das sog. Mutterschaftskapital (soziale Leistungen für Familien mit Kindern) ausgeweitet werden.
13.07.15	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das untersagt, dass Offshore-Unternehmen staatliche Beschaffungsaufträge erhalten. Das Gesetz soll die heimische Produktion und Importsubstitution sowie das Programm zur »deofschorisazija« fördern.
14.07.15	In der Republik Kabardino-Balkarien werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer von Spezialeinheiten getötet. Die Kämpfer hätten sich mit Waffengewalt gegen eine Festnahme gewehrt.
14.07.15	Das russische Katastrophenschutzministerium schickt zwei Flugzeuge mit 46 Tonnen humanitären Gütern in den Jemen, um die von bewaffneten Konflikten betroffene Bevölkerung dort zu versorgen.

14.07.15	Die ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Valerija Lutkowska wendet sich an ihre russische Kollegin Ella Pamfilowa mit der Bitte um Zusammenarbeit und Hilfe bei der Verlegung von ukrainischen Strafgefangenen auf der Krim in die Westukraine. Derzeit befinden sich in zwei Gefängnissen auf der Halbinsel 3.111 Strafgefangene, davon fallen 400 nach ukrainischem Recht unter eine Amnestie. 22 fordern eine Auslieferung in die Ukraine.
14.07.15	Gemäß einer Entscheidung des russischen Verfassungsgerichts wird Russland weiterhin die Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) anerkennen, allerdings unter der Bedingung, dass die Entscheidungen des EGMR nicht der russischen Verfassung widersprechen. Anlass für die Anrufung des Gerichts waren Zweifel von Duma-Abgeordneten, inwieweit Russland verpflichtet ist, der EGMR-Entscheidung zur Entschädigung ehemaliger Jukos-Aktionäre Folge zu leisten.
14.07.15	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz über die Regulierung von Rating-Agenturen in Russland. Das Gesetz regelt insbesondere das Akkreditierungs- und Kontrollverfahren. Nach dem Gesetz gelten bei Beurteilungen von Kreditwürdigkeit auf dem russischen Markt nur Ratings von akkreditierten Agenturen.
14.07.15	Im Moskauer Sportkomplex »Olimpijskij« wird die Fecht-Weltmeisterschaft eröffnet. Es nehmen 912 Fechter aus 108 Ländern teil.
14.07.15	Nachdem der Stadtrat von Jekaterinburg einen Gesetzentwurf auf Amtsenthebung des Bürgermeisters der Stadt, Jewgenij Rojsman, gestellt hat, erklärt der Gouverneur des Swerdlowsker Gebiets, Jewgenij Kujwaschew, dass er sich gegen diese Initiative stelle.
15.07.15	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö und beschwert sich über das unangemessene Einreiseverbot für den russischen Parlamentspräsidenten Sergej Naryschkin und andere Abgeordnete zur Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Putin äußerte jedoch die Hoffnung, dass die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht von äußeren Faktoren beeinträchtigt würden.
15.07.15	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet das Gesetz über die Vorverlegung der Duma-Wahlen von Dezember auf September 2016.
15.07.15	Abgeordnete der russischen Staats-Duma stellen eine Anfrage an Präsident Wladimir Putin zur Möglichkeit, die russischen »Gegensanktionen« gegenüber Griechenland aufzuheben. Die Partei »Gerechtes Russland« argumentiert, dass ein solcher Schritt sowohl für Griechenland als auch für Russland von Vorteil sei. Ende Juli hatte Russland das Embargo auf bestimmte Lebensmittelimporte auch gegen Griechenland für ein Jahr verlängert.
16.07.15	Präsident Vladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, in dem er Initiativen zur Bildung eines internationalen Tribunals, das die Verantwortlichen für den Abschuss von MH 17 strafrechtlich belangen will, als verfrüht und kontraproduktiv kritisiert.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>